

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 344 · 30. JAHRGANG · AUSGABE 5/2024 VOM 3. Mai 2024 · 1 EURO

4 | Eine Kriegshetzerin
in Eberswalde

Gegen-Demo und Gegen-Gegen-Demo

7 | Öffentliche Beteiligung
gerät zur Farce

Regionalplan Uckermark-Barnim

12 | Märchenstunde zur
Straße B 167 neu

Gläubige Zuhörer gewünscht

Marktstände auf vier Rädern?

Auf der Bernauer StVV sind Parkplätze der Innenstadt nach wie vor ein beredtes Thema

Bernau (bbp-ber). Auf Initiative der Fraktionen Bündnis für Bernau/ FDP, CDU, SPD und BVB/ Freie Wähler diskutierte die Stadtverordnetenversammlung (StVV) zu Bernau am 18. April das Thema Marktplatznutzung. Die Fraktionsvorlage zielte darauf ab, Einzelhändler des Wochenmarktes und Kunden damit zu unterstützen, indem der Marktplatz wieder als Parkplatz verfügbar gemacht wird.

Dieser Vorschlag versteht sich als Gegenkonzept zu den Plänen der Stadtregierung, die den Markt am liebsten wieder mit Marktständen füllen möchte. Diese Diskussion ist vermutlich so alt wie die von einer Mauer umgebenen City selbst. Bei allen von den Abgeordneten nun vorgetragenen Gedanken, dem Für und Wider zu Abstellflächen für Autos, schaute die Parkplatznot heraus.

Die eigentliche Diskussion drehte sich um die Frage, wie Kunden oder Händler sowohl unmittelbar einen günstig erreichbaren Zugriff auf dem Markt behalten bzw. erreichen können. Wie kommen Menschen mit Behinderungen, Tagesgäste oder Händler selbst mit einer parkplatzfreien Marktkonzeption aus? Händler und Kunden wurden dazu befragt, aber nur sporadisch.

Das Parkplatzthema kann zudem nicht losgelöst vom erheblichen Verkehrsaufkommen gesehen werden, welches sich um den Innenstadtring dreht. Mit jedem in der Innenstadt eingesparten Parkplatz erhöht sich der Abstellbedarf in umliegenden Straßen. Auch die Bereitstellung von diversen Parkhäusern, auf die der Bürgermeister gern verweist, veranlaßt Zentrumsbesucher nicht, diese auch zu nutzen, da der Homo sapiens gewöhnlich immer zuerst den kürzesten Weg sucht. Die Folge: Ohne Regulierung dieser Verkehre füllen sich Anwohnerstraßen wochentags mit Blechlawinen.

Mit diesem Rennen um die Präsenz im öffentlichen Raum befaßte sich bereits der Beitrag »Tanz auf einem Pulverfaß - Bau der Bernau Arena« (BBP 3/2024). Auf der StVV nun wies der Redner THOMAS

WERNER (Bündnis für Bernau) auf die Folgeerscheinungen dezidiert hin, denn bei aller Schönheitsdiskussion um Marktstände wird zur Lebensqualität außen herum nichts von dem geregelt, was an sich zu regeln wäre: »Ich weiß nicht, wann das erste Auto auf diesem Marktplatz gestanden hat. Aber ich kann mit Sicherheit sagen, daß 1844 dort eine Kutsche stand. Der König hatte Bernau besucht, was in einem großen Gemälde festgehalten wurde. Darauf sieht man, der Marktplatz war voller Gefährte. Damals waren es Kutschen, heute sind es Autos. Somit ist der Marktplatz also schon historisch 'ordentlich' genutzt worden.

Aber Spaß beiseite. Ich kann ja hier jede Argumentationskette nachvollziehen. Ich komme auf Herrn Weßlau zurück. Er hat nicht ganz unrecht, wir haben ordentlich gebaut (Rollbergeck, Sparkassen-Arena). Das Problem sehen wir im Umfeld, schaut man in die Tobias-Seiler-Straße oder die Rollenhagenstraße. Eine Zeit lang (März/April) konnte im Parkhaus am Krankenhaus kostenlos geparkt werden. Das ist sicherlich sehr gut genutzt worden. Seitdem das Parken etwas kostet, hat es viele Leute mit ihren Autos wieder in die umliegenden Straßen gezogen, was wir gar nicht haben wollten. Das ist der Punkt, auf den wir schon hingewiesen haben. Wir brauchen ein Konzept, das in bestimmten Bereichen Parkverbot vorsieht. In der Tobias-Seiler-Straße ist es echt sehr grenzwertig momentan. Und auch in der Rollenhagenstraße im unteren Bereich ist die Belastung nach den Ferien wieder extrem nach oben gegangen. Da müssen Lösungsansätze gefunden werden.«

Tatsächlich werden wochentags die Tobias-Seiler-Straße, Teile der Hermann-Duncker-Straße als auch der untere Teil der Rollenhagenstraße vollständig zugeparkt, ohne daß das Ordnungsamt die Situation im Griff hätte. Die Vorlage zum Markt wurde trotz aller »Turbulenzen« mit 16 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Zu den Auswirkungen im Umfeld wurde nichts geregelt.



Bernauer Alltag: Reihenweise stehen PKW auf unbefestigten Grünstreifen von Wohnstraßen, ohne nach Bußgeldkatalog dafür belangt zu werden. Das Ordnungsamt ist gelegentlich präsent, aber schaut nur zu.

FOTOS (2): THOMAS TOBLER

Rache ist so einfach

Die diesjährige TED-Konferenz in Vancouver wurde durch ein Gespräch zwischen dem Israeli MOAZ INON und dem Palästinenser AZIZ ABU SARAH eröffnet. MOAZ INON, Enkel des Gründers eines Kibbuz an der Grenze zum Gazastreifen, in dem er geboren wurde und aufgewachsen ist, schilderte seine Betroffenheit:

»Weißt du, Aziz, vor vier Tagen haben wir meine Eltern begraben. Meine Mutter war so schwer verbrannt, daß sie nicht identifiziert werden konnte. Ich habe sie am 7. Oktober verloren. Ich habe so viele Freunde aus meiner Kindheit verloren, ihre Eltern, ihre Kinder. Viele wurden nach Gaza verschleppt. Ich versank in einem Meer von Trauer und Schmerz. Es hat mich in Stücke zerrissen.«

Dann erzählte er einen Traum, aus dem er zitternd erwachte: Er träumte, wie er nachts weinte, weil sein Körper ihn schmerzte, trotz der Tränen konnte er klar sehen, er sah die ganze Menschheit, sie weinte, alle Körper waren verletzt, aber der Strom der Tränen, die an ihnen herabflossen, heilte sie. Die Tränen strömten auf den Boden, der Boden war voller Blut, aber die Tränen spülten das Blut hinweg. Da begriff er, daß dies der Weg war, den er zu gehen hatte, den Weg der Versöhnung und nicht der Rache.

Der Palästinenser AZIZ ABU SARAH antwortete: »Als ich dir mein Beileid aussprach, nachdem deine Eltern getötet worden waren, hat mich deine Antwort überrascht. Nicht nur deine Antwort an mich, sondern auch an die Öffentlichkeit. Als du sagtest, daß du nicht nur um deine Eltern weinst, sondern auch um die Menschen in Gaza, die ihr Leben verlieren, und daß du nicht willst, daß das, was dir widerfahren ist, zur Rechtfertigung für Rache wird, für Krieg. Das ist schwer. Es wäre so viel einfacher, Rache zu schwören, wütend zu sein. Aber du bist ein tapferer Mann.

Ich brauchte viel mehr Zeit damals, als mein 19jähriger Bruder Tayseer von einem israelischen Soldaten getötet wurde. Ich war wütend, ich war verbittert und ich wollte Rache, ich war zehn Jahre alt, als mein Bruder getötet wurde, ich glaubte nicht daran, daß es eine andere Möglichkeit geben würde... Acht Jahre später... erkannte ich, daß ich die Wahl habe, egal, was die anderen tun, daß ich mich entscheiden muß... und solange ich nach Rache und Vergeltung strebe, mach ich mich zum Sklaven dessen, der meinen Bruder erschossen hat...

Diese letzten Monate waren ein Alptraum. Jeder, den ich kenne in Gaza, hat Freunde verloren. Mein Freund Ab del Rahmin hat fünfzig Familienmitglieder verloren. Was mich erstaunt, ist, daß Ab del Rahmin, mit dem ich gestern telefoniert habe, mir sagte, ich halte dennoch an dem fest, was ich vorher für richtig erkannt habe. Ich bin nach wie vor für Frieden. Ich möchte nicht, daß mein Leid zu Rechtfertigung für Haß dient...« HARTMUT LINDNER

Feiertage und Kampftage

Eberswalde (bbp). Von einem »Wegrutschen von Fachkräften« spricht aktuell die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), weil in den aktuellen Tarifverhandlungen die sogenannten »Arbeitgeber«-Verbände sogar auf einen Schlichterspruch schlicht nicht reagieren. Das Wort »Streik« macht die Runde.

Und der werde auch im Kreis Barnim richtig weh tun, meint Astrid Gehrke, die Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland. Im Kreis gebe es 217 Bauunternehmen, in denen aktuell mehr als 2.200 Beschäftigte arbeiten. »Zu erwarten ist eine regelrechte Fachkräfte-Flucht von den Baustellen« so Astrid Gehrke. »Wenn nicht mehr in die Lohntüten kommt, dann sind die Leute ruckzuck weg. Viele werden dem Bau den Rücken kehren. Denn wer auf dem Bau arbeitet, der findet überall schnell einen neuen

Job. Das Problem dabei: Wer einmal geht, der kommt nicht wieder auf den Bau zurück.«

Um das noch in letzter Minute zu verhindern, müßten die Bauunternehmen im Kreis Barnim ihren eigenen Verbänden von Bauhandwerk und Bauindustrie jetzt gehörig auf die Füße treten. Entweder die Unternehmer nehmen den Schlichterspruch an oder der Bau steht still – und wird dann auch nicht wieder richtig auf die Beine kommen.

Nicht zuletzt deshalb beteiligten sich die Gewerkschafter der IG BAU neben anderen Gewerkschaften und verschiedenen politischen Parteien auch in Eberswalde an der Veranstaltung zum 1. Mai, dem Kampf- und Feiertag der Werktätigen. »Der Lohnverlust, den die Inflation verursacht hat, muß endlich aufgefangen werden«, so die Gewerkschafterin.

Neue Verdienstmedaille in Brandenburg

Potsdam (pv/bbp). Die Landesregierung in Potsdam beabsichtigt, neben dem bestehenden Verdienstorden eine neue Verdienstmedaille in Brandenburg einzuführen. Die Gruppe von BVB/Free Wähler im Landtag halten so eine neue Medaille für deplaziert.

»Viele Bürger wissen nicht, wie sie die steigenden Kosten für Energie, Wärme, Mobilität oder plötzliche fünfstellige Rechnungen für Erschließungsbeiträge bezahlen sollen«, kommentiert deren Vorsitzender Péter Vida dieses Ansinnen.

Für diese Probleme sei die Politik der Landesregierung mindestens mitverantwortlich. »Die Bürger erwarten daher zurecht von den politisch Verantwortlichen, diese Probleme zu lösen. Wenn der Ministerpräsident aus seiner Tour im Land ernsthaft eine Verdienstmedaille als Lösungsvorschlag für die drängendsten Probleme mitnimmt, dann Gute Nacht Brandenburg...«, so Vida.

Konkrete Inhalte, wer und warum die neue Medaille bekommen soll, sind nicht bekannt.

Ächtung der Atomwaffen: Stadt für Stadt

Eberswalde (ican/bbp). Immer mehr Städte in der BRD schließen sich der Forderung nach dem deutschen Beitritt zum UN-Verbot von Atomwaffen an! Das globale Bündnis von Städten und Gemeinden stärkt die Stimmen der Menschen weltweit und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck.

Seit Beginn des Jahres haben sich bereits drei neue Städte in Deutschland dem ICAN Städteappell zur Ächtung der Atomwaffen angeschlossen: Rostock, Radeberg und Seelow!

Damit sind nun insgesamt 143 deutsche Städte für eine Welt ohne Atomwaffen. Eberswalde ist schon seit dem 28. Mai 2020 dabei. Den entsprechenden Stadtverordnetenbeschluss hatte damals die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR initiiert.

Auch international wächst die Bewegung weiter. Die Hauptstädte Rom und Tirana sowie Den Haag und die französische Gemeinde Poitiers haben sich ebenfalls dem Appell angeschlossen.

Mehr Informationen über und zum Kampf gegen Atomwaffen auf www.icanw.de.

Fliegergedenken

Am 6. April fand anlässlich des 58. Jahrestages des Absturzes der todesmutigen sowjetischen Flieger Hauptmann BORIS KAPUSTIN und Oberleutnant JURI JANOW auf dem sowjetischen Garnisionsfriedhof in Westend ein stilles Gedenken statt. Die Stille wurde durch den gesprochenen Text zu dem von Edith Piecha gesungenen Lied »Der Riesige Himmel« kurz unterbrochen. Die beiden auf dem Flugplatz Finow stationierten Piloten haben ihr Leben eingesetzt, um das Leben und die Gesundheit ihnen nicht nahestehender Zivilisten des dicht besiedelten Wohngebietes Spandau im damals britischen Sektor Westberlins zu schonen. Diese nicht hoch genug einzuordnende Geste zum Schutze des Lebens ist es wert, gerade in der heutigen Zeit der verbreiteten Russophobie, genannt zu werden. Die beiden Piloten haben in Sekundenschnelle eine charakterliche Ausprägung bester Erziehung zur Humanität im sozialistischen System der Sowjetunion auch während eines harten »Kalten Krieges« zum Ausdruck gebracht, die bis in die Gegenwart höchste Ehre verdient.

HELMUT BRAUNSCHWEIG, Mitglied der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft

»Energereich« statt »naturreich«?

»Schorfheide naturreich«, so lautet der Slogan der Gemeinde seit langem. Ein treffendes, gutes Label und Leitbild. Eine Verheißung, die unzählige erholungssuchende Gäste nicht nur aus der Metropolregion Berlin in die Schorfheide lockt. Auch zahlreich Neubürger mit ihren Erben hat es in die Gemeinde gezogen. Das Pfund Natur ist hier die Attraktion, der entscheidende Wirtschaftsfaktor, zugleich nachhaltige gemeindliche Einnahmequelle.

»Schorfheide naturreich« bedeutet aber auch eine Selbstverpflichtung der Gemeinde, des Bürgermeisters und der Gemeindevertreter sowie nicht zuletzt der Bürger zum Widerstand gegenüber schädlichen, zersetzenden Entwicklungen. Stück für Stück droht das wertvolle Naturreich amputiert zu werden zugunsten übergroßer, exponierter Flächen/Anlagen für die industrielle Energiegewinnung durch

Windkraft und PV in unmittelbarer Nähe zu Landschaftsschutzgebiet und Biosphärenreservat sowie zu den dörflich naturbezogenen Siedlungen von Klandorf, Zerpenschleuse und Groß Schönebeck.

Ein offenbar lukratives Geschäft für die Betreiber der Anlagen, der Netzbetreiber und die Eigentümer der (landwirtschaftlichen) Flächen, die der industriellen Umnutzung geopfert werden sollen. Die Gewinne werden privatisiert an wenige, die Lasten für die nachteilig betroffene Mehrheit dagegen werden dort abgeladen. Ein unausgewogenes, ungerechtes System. Daran ändert auch eine Ladesäule zum günstigen Tanken von E-Autos für jedermann in der Mittagszeit wenig. Ebenso wenig die versprochenen Mehreinnahmen im Haushalt der Gemeinde. Was haben die Betroffenen in Klandorf oder Zerpenschleuse davon,

wenn beispielsweise in Altenhof die Promenade verschönert werden soll?

Diskutabel wäre allenfalls ein Modell finanziell wirksamer Entschädigung für den Wertverlust und den Verlust an Lebensqualität unmittelbar an die Betroffenen. Zweitens diskutabel wäre die drastische Verkleinerung der Energiegewinnungsflächen zur besseren Verträglichkeit und Erhaltung des Lebensraumes größerer Wildtiere.

Verspargelung und Verspiegelung unserer Landschaft stehen in krassem Widerspruch zum Recht auf Freizeit und Erholung der Menschen oder naturnahem Wohnen in unseren schönen Dörfern. Eine derartige Änderung der landschaftlichen Prägung bedeutet in der Folge die Abwertung der gesamten Gegend, unserer Heimat, einschließlich Häuser und Grundstücke. Selbstverständlich auch die Entwertung der Marke »Schorfheide naturreich« insgesamt, hin zu einem künftig eher zweifelhaften Image.

Eine Zustimmung für das Solarprojekt zu derzeitigen Bedingungen durch die Gemeindevertreter bedeutet in der Folge das Absägen des Astes, auf dem wir in Schorfheide alle sitzen. Mit dem Merkmal »Schorfheide energiereich« ließe sich niemand locken. Das wäre keine verantwortliche zukunftsfähige Politik.

LUTZ PAPROTH

Hintergrund: Das geplante Photovoltaik-Feld soll 68 ha umfassen, größtenteils Flächen der Schorfheider Agrar GmbH (SAG). Deren Geschäftsführer OLAF PIEPER ist gleichzeitig Bauausschussvorsitzender und Gemeinderatsmitglied Schorfheide. Der ehemalige Bürgermeister UWE SCHOKNECHT berät jetzt den Investor Renewable Energy Capital Partners (RCP). Er hatte als Bürgermeister bereits vor Jahren Verträge mit RCP zur PV-Anlage auf dem Flugplatz geschlossen. Der RCP-Geschäftsführer PETER BRUMM führte bislang zwei Infoveranstaltungen in Zerpenschleuse (Gemeinde Wandlitz) und Klandorf (Gemeinde Schorfheide) durch. Er stieß jeweils auf lautstarken Protest. Besonders die Zerpenschleuser sind vehement gegen die industrielle Nutzung der Flächen in der Kulturlandschaft. Es wurde eine Bürgerinitiative gegründet.

Anzeige



**BVB
FREIE WÄHLER
Die Orangen**

DR. ANDREAS
STEINER

WÄHLT ORANGE!

DR. ANDREAS STEINER

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Politik der Ampelregierung ist ein komplettes Desaster. Trotz Staatseinnahmen auf Allzeithoch reichen die Finanzen nicht aus. Durch den oft fehlenden Sachverstand der Entscheidungsträger werden erhebliche Geldmengen unsachgemäß verwendet. Neue Steuern und Abgaben zulasten der Bürger führen zu Wohlstandsverlusten. Allgegenwärtig sind Vetterwirtschaft, ausufernde Bürokratie, staatliche Kontrollen, Verbote, Freiheitseinschränkungen, Kriegstreiberei und Aufrüstung.

Auch in der Gemeinde Schorfheide ist der Haushalt defizitär. Anstatt die verfügbaren Mittel vornehmlich für die Sanierung maroder Infrastrukturen in den Dörfern einzusetzen, wurden diese für einige fragwürdige Prestigeprojekte verschwendet.

Ich stehe für eine effiziente Mittelverwendung: Preußische Sparsamkeit statt weitere finanzielle Belastungen der Bürger!

Bei meiner Wiederwahl werde ich mit gutem Beispiel vorangehen und die Aufwandsentschädigungen im vollen Umfang meinem Wohnort spenden: Für Bedürftige sowie für soziale und ökologische Projekte.

Ich fühle mich dem Gemeinwohl verpflichtet und möchte durch mein Ehrenamt keinen persönlichen finanziellen Vorteil erzielen. Vielmehr liegt mir die Lebensqualität der Menschen meines Umfeldes am Herzen!

Deshalb bitte ich am **9. Juni 2024** um Ihre Stimme für:

- den Ortsbeirat Lichterfelde
- die Gemeindevertretung Schorfheide
- den Kreistag Barnim

Herzlichst
Ihr

Dr. Andreas Steiner
Fachgutachter Umweltechnologie

Kontakt

Dr. Andreas Steiner
Steinfurter Straße 32
16244 Schorfheide

Gern können Sie sich jederzeit an mich wenden:
drandreassteiner@googlemail.com

Impressum: BVB / Freie Wähler BK / Foto: VWA, Jahnstraße 52, 16321 Barnim

Im Vorfeld hatte das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE/BARNIM zu dieser Protestdemo gegen den Wahlkampfauftritt der aggressiv kriegslüsternden Europakandidatin der FDP Marie-Agnes Strack-Zimmermann (MASZ) aufgerufen. Angemeldet wurde die Demo vom Sprecher des »Eberswalder Widerstands« MARCEL DITTRICH, der auch regelmäßig zu Montagsdemos einlädt, bei denen ursprünglich die Proteste gegen die – wie sich mittlerweile herausstellte – zum großen Teil ungerechtfertigten Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Corona-Maßnahmen im Mittelpunkt standen. Auch sein Kumpel ROMAN KUFFERT von der AfD hatte unter seiner Anhängerschaft für die Friedensdemo geworben. Kuffert ergriff auf der Demo, zu der insgesamt etwa 150 Menschen kamen, das Friedensbündnis sprach gar von 200 Teilnehmern, auch das Mikrofon und stellte seine Partei – wenig überraschend – als einzige Friedenspartei in der BRD dar. Immerhin schränkte er das noch ein, »bevor es das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) gab«. Da Kuffert nur die Parteien im Bundestag im Auge hatte, liegt er mit seiner Aussage nicht ganz falsch – läßt man seine eigene Partei mal außer Betracht.

Neben den Anhängern von Dittrich, der AfD und dem BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN, waren auch viele Menschen zugegen, die der DKP angehören oder den Kommunisten nahestehen, einst der Linkspartei angehörten oder mit selbiger sympathisierten, als diese tatsächlich noch links war, oder die schlicht Angst vor einem Krieg haben und für Frieden und Freundschaft mit allen Völkern eintreten.

Offizielle Vertreter der Linken oder gar anderer Parteien waren nicht auf dem Platz. Zwei Tage zuvor soll die Stadtverwaltung im Eberswalder Hauptausschuß nichtöffentlich über die Demo und den Anmelder informiert haben. Es soll auch von einer möglichen Gegen-Gegen-Demo gesprochen worden sein.

Von einer solchen wußten die Leute im Kulturzentrum EXIL allerdings nichts. Sie hatten, als sich die Anti-Stracks-Demonstranten auf dem unweit gelegenen Platz versammelten, eine Spontandemo bei der Polizei angemeldet. Diese Gegen-Gegen-Demo bestand im Prinzip darin, daß auf dem Erdwall am EXIL-Gelände Lautsprecher aufgestellt wurden (kl. Foto), aus denen laute Punkmusik zur Anti-MASZ-Demo herüberschallte, die dort bemerkt wurde, aber nicht weiter störte. Mit der Zeit kamen immer mehr Leute ins EXIL, aber hauptsächlich, weil dort am Abend eine Musik- und Tanzveranstaltung stattfand.

Der Anmelder vom EXIL-Vorstand meinte gegenüber der BBP, daß sie nichts gegen die Inhalte beider (sic!) Veranstaltungen hätten, wohl aber etwas dagegen, daß Leute wie Dittrich, Kuffert & Co., die sie als Nazis identifizieren, auf dem Gelände des Ravensbrücker

Kriegshetzerin in Eberswalde

Von der Gegen-Demo und der Gegen-Gegen-Demo

»Ich habe dran teilgenommen, an der umstrittenen Demo« am 20. April gegen den Auftritt der ebenfalls umstrittenen FDP-Politikerin »Flak Zimmermann« in der Stadthalle im Eberswalder Familiengarten, outete sich Thomas G. aus Eberswalde. »Mit allem, was dort verkündet wurde, darf man, darf ich mich nicht identifizieren. Einfach wieder den Platz verlassen wollte ich nicht. Wann setz(t)e ich ein Zeichen für den Erhalt des Friedens? Zu lange her und zu selten.«



FOTOS (2): GERD MARKMANN

noch dazu am »Führergeburtstag«. Sie hätten ihre Demo doch auch vor dem Familiengarten-Eingang machen können.

Das war im Vorfeld zumindest vom Friedensbündnis auch so angekündigt worden. Es kann also vermutet werden, daß es die Veranstaltungsbehörde war, welche die Demo vor dem Eingang nicht zuließ und den Anmelder der Demo daher auf den freien Platz neben der Familiengartenzufahrt verwies. Daß es sich dabei um ein geschichtlich sensibles Gelände handelt, war der Behörde möglicherweise nicht bewußt. Und den 20. April hatte sich MASZ mit ihrer FDP ausgesucht. Siegmund Freud hätte seine Freude.

Auf dem EXIL-Gelände kam überraschenderweise auch das BSW nochmal zur Sprache. Ein Besucher outete sich im Gespräch als Mitglied der Linken, der sich seit vorigem Jahr auch als sachkundiger Einwohner in einem städtischen Ausschuß engagiert. Er meinte, seine Partei würde sich bewußt mit Äußerungen zum Krieg in der Ukraine und den deutschen Waffenlieferungen zurückhalten, weil bei klarer Positionierung wohl ein größerer

Teil der Linken-Mitglieder zum Bündnis Sahara Wagenknecht wechseln würde. Er selbst sei für Waffenlieferungen an die Ukraine. Ich will das nicht weiter kommentieren. Das war mal meine Partei. Danke für den Rausschmiß.

Ob MASZ etwas von der Gegen-Demo und von der Gegen-Gegen-Demo mitbekommen hat, ist nicht bekannt. Zu einer verbalen Konfrontation mit den Gegendemonstranten, wie an anderen Orten, kam es, soweit bekannt, nicht. In der Stadthalle blieb die oberste FDP-Kriegshetzerin unter ihresgleichen. Wie es heißt, soll die Anmietung der Stadthalle angesichts der erschienenen Anhängerschar ziemlich überdimensioniert gewesen sein.

Zumindest der Stadtkämmerer wird sich wegen der Mieteinnahmen gefreut haben.

Um auf Thomas G. zurückzukommen. Er sieht in der »Lobbypolitik der FDP-Zimmermann zugunsten der Militärausgaben die Gefahr von weiterer Schwächung der Sozialleistungen« und wünscht sich, daß für alle Menschen »die Sonne schön wie nie über Deutschland, Europa und die Welt scheint!«

GERD MARKMANN

Digitale Stadt: Kita-Terminvergabe online

Eberswalde (prest-ew). Mit der Entwicklung zur »digitalen Stadt« von morgen können Bürgerinnen und Bürger seit März ein zusätzliches Angebot von zuhause oder unterwegs nutzen: Die Onlineterminvergabe rund um die Kita- und Hortbetreuung in Eberswalde.

Den Eltern von rund 1.800 Kindern in Eberswalde wird das neue Online-Angebot eine hilfreiche Unterstützung sein. Vergeben werden Termine zur Aufnahme der Kinder in den Hort oder die Kita, bei Anliegen zu nötigen Unterlagen oder allgemeinen Fragen.

Das Angebot kann über den Link termine-reservieren.de/termine/stadt-eberswalde aufgerufen werden. Für Eberswalde ist es ein weiterer Schritt zur digitalen Kommune und für die Eltern ein weiteres Serviceangebot.

Zur Nutzung des Angebots wird eine aktive Mailadresse zur Bestätigung des Termins benötigt. Die klassischen Wege einer Kontaktaufnahme blieben weiterhin bestehen.

Die Kitaverwaltung ist telefonisch unter der 03334/64-404 bzw. 405 sowie auch per eMail kitaverwaltung@eberswalde.de zu erreichen.

Ominöse Stellenplanänderung

Eberswalde (bbp). Am 25. April haben die Eberswalder Stadtverordneten mehrheitlich eine Änderung des Stellenplans beschlossen. Künftig sollen Schulsozialarbeiterstellen, die bisher durch einen freien Träger gestellt wurden, von der Stadt selbst beschäftigt werden. Finanziert werden diese Stellen durch den Landkreis, der für die Schulsozialarbeit zuständig ist. Die Transaktion sei also für die Stadt Eberswalde kostenneutral, versicherte der Finanzdezernent Maik Behrendt.

Die Gründe für die Stellenübernahme blieben im Dunkeln. Möglicherweise gab es dazu später nichtöffentliche Informationen. Völlig unklar blieb auch, ob die bisherigen Beschäftigten von der Stadt übernommen werden – denn eigentlich sollte es sich um einen Betriebsübergang nach BGB § 613 handeln. Nähere Erläuterungen dazu gab es nicht. Der Stadtverordnete Carsten Zinn wies darauf hin, daß die beiden betroffenen Sozialarbeiter ihr Schicksal aus der Presse erfahren haben

und sie große Ängste haben, auch bezüglich der aus der bisherigen Beschäftigung resultierenden Rechte. Indes war von Neuausschreibungen für diese Stellen in Verantwortung der Stadt die Rede, was die Rechte der bisherigen Beschäftigten völlig ignorieren würde.

Es blieb dem FDP-Abgeordneten Götz Triefloß vorbehalten, danach zu fragen, wieso der Beschluß zum Stellenplan nicht im zuständigen Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen behandelt wurde. Sein Antrag auf Verweis in den Ausschuß fand allerdings keine Mehrheit. Die möglicherweise bestehenden Mitarbeiterrechte waren letztlich der Mehrheit der Stadtverordneten egal. Ihnen genügte die Versicherung der Verwaltung, daß die neuen Stellen für den Stadthaushalt kostenneutral bleiben.

Das Thema ist damit aber noch nicht abgeschlossen. Zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 16. Mai gibt es dazu eine Anfrage des sachkundigen Einwohners Gerd Markmann.

Kontrovers zum Ausbau der Saarstraße

Nach einer langanhaltenden Debatte, die der Stadtverordnete THOMAS STEGEMANN (Bürger für Eberswalde) mit einem kritischen und zweifelndem Statement einleitete, war er am Ende der einzige, der gegen den Baubeschluß stimmte, das letzte Stück der Saarstraße im Stadtteil Ostende zu sanieren und auf dieser Strecke den Obus oberleitungsgeführt bis zu einer neuen Endhaltestelle an den Ostender Höhen zu führen.

Zuvor hatten sich schon mehrere Anwohner in der Einwohnerfragestunde zu dem Thema gesprochen. Diskutiert wurden die geringe Breite der Straße, die Notwendigkeit eines beiderseitigen Gehweges, die Elektrifizierung überhaupt, der immense Fortschritt, den die Straße damit mache und die Ablehnung einer Vertagung der Entscheidung. Starke Befürwor-

terinnen waren KAREN OEHLER (Grüne) und Baudezernentin ANNE FELLNER (Stadtverwaltung), während DANKO JUR (CDU), TILO WEINGARDT (AfD) und auch CARSTEN ZINN (Bündnis Eberswalde) kritisierten, daß es im Vorfeld der Planungen keine Bürgerversammlung gab, die viele Probleme hätte klären können, mit denen sich die betroffenen Anwohner jetzt auseinandersetzen müssen, wie zum Beispiel die Parkraumfrage und das Setzen von Masten auf privaten Grundstücken. Es ist zu hoffen, daß der Obus dann tatsächlich stärker von den Ostendern genutzt wird, um zur Schule, zur Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren. Aber zuerst muß wohl jetzt eine Ausschreibung der Bauleistungen erfolgen, die hoffentlich zeitnah über die Bühne gehen.

J.G.

Probefahrt mit dem neuen 1893-Obus

Zum Einstieg begrüßt den Fahrgast eine große gelbe Fläche im Türbereich, die signalisieren soll: Bitte hier nicht stehen! Die Fahrerabgrenzung ist nun kein Provisorium mehr wie zu Coronazeiten, sondern seriös und modern. Im Bereich des ersten Ausstiegs ist jetzt mehr Platz. Hier sollen, so gedacht, die Kinderwagen und Rollatoren untergebracht werden. Es gibt viele Behindertenplätze. Dafür gibt es im hinteren Bereich mehrere sich gegenüberliegende Sitzgruppen. Der Sitzstoff ist grau-schwarz-blau-gelb gemustert. Die Fahrgeräusche sind deutlich gedämpfter als bei den alten Fahrzeugen und hören sich sehr neu an. Insgesamt ein positiver Eindruck, insbesondere die Schüler werden den hinteren



Bereich zu schätzen wissen, streng bewacht von mehreren Kameras. Gute Fahrt BBG!

JÜRGEN GRAMZOW

Drei Vorlagen zum Abschluß

Unser auf einer von Eberswalder Einwohnern eingereichten Petition beruhender Vorschlag, Julian Assange zum Eberswalder Ehrenbürger zu ernennen, sollte ein Zeichen für Demokratie, Pressefreiheit, Aufklärung und Transparenz setzen. Die Stadtverordneten sind dem leider mehrheitlich nicht gefolgt.

Am 30. Mai tagt die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Kommunalwahl am 9. Juni. Dafür hat unsere Fraktion drei Beschlüßvorlagen eingebracht. Zu Themen, die z.T. schon lange auf unserer Agenda stehen.

Wie bereits angekündigt, wollen wir die Begrünung von Fassaden und Dächern in der Stadt Eberswalde mit konkreten Maßnahmen fördern. Dies halten wir auch im Zusammenhang mit dem kürzlich beschlossenen Klimaanpassungskonzept für hilfreich. Wir beziehen uns dabei konkret auf Maßnahmen des 2013 beschlossenen »Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts« wie die Festsetzung von Fassaden- und Dachbegrünungen in allen künftig zu beschließenden Bebauungsplänen, auf die Vorgabe im Rahmen bestehender oder künftiger Gestaltungssatzungen und die fachliche und finanzielle Unterstützung privater Grundstückseigentümer bei der Fassaden- und Dachbegrünung. Außerdem schlagen wir die Prämierung von vorbildlichen Fassaden- oder Dachbegrünungen im privaten oder gewerblichen Bereich vor.

In einer weiteren Beschlüßvorlage regen wir an, die Führung der Buslinie 864 (Clara-Zetkin-Siedlung) an den geänderten Bedarf in Folge der Schließung des Supermarkts im EKZ »Kleiner Stern« anzupassen. Die Stadtverwaltung soll das Gespräch mit der Kreisverwaltung Barnim als Träger des ÖPNV und der Barnimer Busgesellschaft (BBG) suchen, um die Linie von der bisherigen Endhaltestelle in Lichterfelde weiter in Richtung Angermünder Straße am Kaufland vorbei über die Boldtstraße zum Hauptbahnhof zu führen. Auch eine Verlängerung vom Hauptbahnhof bis zum Marktplatz ist Teil des Vorschlags.

Die dritte Vorlage beinhaltet einen Prüfauftrag an die Stadtverwaltung, Möglichkeiten zu finden, um Badestellen im Stadtgebiet für die barrierefreie Nutzung durch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (u.a. Rollstuhlfahrende) herzurichten und vorhandene Spielplätze mit Spielgeräten für mobilitätseingeschränkte Kinder auszustatten.

Am Ende der Wahlperiode danken wir den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern für ihr Vertrauen und ihre Anregungen sowie allen, mit denen wir in den vergangenen fünf Jahren konstruktiv zusammenarbeiten konnten.

MIRKO WOLFGRAMM,

Vorsitzender der Fraktion DIE PARTEI
ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR in der
Stadtverordnetenversammlung Eberswalde | 5

Listenvereinigung erneuert

Gemeinsame Pressemitteilung

Wie die Zeit vergeht. Vor fünf Jahren hatte unsere Listenvereinigung, bestehend aus der Partei DIE PARTEI, der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE (ALE) und der BÜRGERINITIATIVE RADWEGE IN EBERSWALDE (BI RADWEGE) bei der Wahl zur Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ein Mandat errungen. Unser Abgeordneter Mirko Wolfgramm hatte sich mit Oskar Dietterle von der Bürgerinitiative Gegen die B167-neu – Für Natur und Umwelt, die wiederum gemeinsam mit BVB/Freie Wähler in einer Listenvereinigung kandidiert hatte, zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Die beiden taufen ihre Fraktion auf den Namen »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur«.

Die beiden Stadtverordneten waren in den vergangenen fünf Jahren sehr fleißig und brachten auch eine ganze Reihe eigener Beschlüßvorlagen in die Stadtverordnetenversammlung ein. Eine Zusammenstellung der Aktivitäten der Fraktion seit 2019 fehlt bislang, wäre aber sicherlich interessant. Der spektakulärste Erfolg war zweifellos die Etablierung der Clara-Zetkin-Siedlung als eigenständiger Ortsteil mit einem Ortsbeirat als Ortsteilvertretung.

Viele weitergehende Ideen, wie beispielsweise die Wiedererrichtung von Ortsteilvertretungen auch in den städtischen Ortsteilen in Form von Ortsbeiräten oder unsere Initiativen gegen den Abriß von Wohnungen, fanden leider keine Mehrheit unter den Stadtverordneten. Vieles aus unserem 2019er Wahlprogramm, das wesentlich auf dem Programm der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) von 2014 beruhte, ist daher noch nicht abgehakt und bleibt weiterhin aktuell.

Die drei Wahlträger Die PARTEI, ALE und BI Radwege haben am 26. Februar in einer gemeinsamen Versammlung die Erneuerung der Listenvereinigung, diesmal unter der Kurzbezeichnung Die PARTEI, und die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatenliste für die Wahl am 9. Juni 2024 zur Stadtverordnetenversammlung Eberswalde beschlossen.

Inzwischen hat der Wahlausschuß der Stadt Eberswalde getagt und unsere Wahlvorschläge als zulässig anerkannt. Im Wahlkreis 1 (Nordend, Ostende, Stadtmitte, Sommerfelde, Tornow, Spechthausen) kandidieren: Mirko Wolfgramm (Die PARTEI), Silke Markmann (ALE), Werner Voigt (ALE) und Dr. Ulrich Pofahl (BI Radwege). Im Wahlkreis 2 (Finow, Clara-Zetkin-Siedlung, Brandenburgisches Viertel, Westend) kandidieren: Peggy Siegemund (Die PARTEI), Thomas Gädicke (ALE), Gerd Markmann (ALE) und Udo Wolfgramm (Die PARTEI).

GERD MARKMANN (ALE)
MIRKO WOLFGRAMM (Die PARTEI)
Dr. ULRICH POFAHL (BI Radwege)

Elefanten für die Schorfheide

Die PARTEI FÜR ARBEIT, RECHTSSTAAT, TIER-SCHUTZ, ELITENFÖRDERUNG UND BASISDEMOKRATISCHE INITIATIVE (Die PARTEI), tritt erstmals kreisweit zur Kommunalwahl an. Bereits 2019 hatte Die PARTEI in allen neun Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Allerdings fehlte es am Ende in zwei Wahlkreisen an der nötigen Zahl an Unterstützerunterschriften. Für ein Kreistagsmandat reichte es am Ende dennoch. Dank dieses Mandats waren diesmal keine Unterstützerunterschriften notwendig.

Insgesamt befinden sich dreizehn Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der Partei Die PARTEI zur Kreistagswahl 2024. Der Barnimer Kreisvorsitzende der PARTEI Sven Weiher erklärt dazu: »Zwischenzeitlich hatten wir etwas Bammel, das Ziel eines kreisweiten Antritts unserer PARTEI nicht zu erreichen. Denn schließlich könnte ja jede Wahl die letzte sein.«

Auf ein klassisches Wahlprogramm verzichtet Die PARTEI wie bereits 2019 weiterhin. »Zum einen liest das ohnehin niemand, zum anderen hält sich zumindest die politische Konkurrenz nach der Wahl nie an die veröffentlichten Wahlprogramme.«

Ziele jedoch hat auch Die PARTEI. So will man im Falle des Erreichens von Mandaten weiterhin aufklären und kritisch hinterfragen,

auch für »gläserne Verwaltungen« würde man weiterhin bestehen. Der Tier- und Naturschutz solle ebenfalls nicht zu kurz kommen. Ziel der PARTEI ist es, zumindest einige der zu erwartenden 20.000 Elefanten, welche die Bündnisgrünen für die BRD organisiert haben, in der Schorfheide auszuwildern. Da die in der Schorfheide ansässigen Wölfe fetzen, ist durch das neue Großwild die Rückkehr zu einem natürlichen Kreislauf zu erwarten.

Positiv dürfte sich die Ansiedlung der Elefanten auch auf den Tourismus in der Region auswirken. So kamen bereits in der Vergangenheit immer wieder Prominente (zweifelhafte Ruhms) in den Barnim, um in der Schorfheide ihrem Hobby der Jagd nachzugehen. Man stelle sich nur einen Christian Lindner oder Philipp Amthor vor, welcher hier seinen ersten Elefanten erlegen würde.

Über die Ziele des Kreisverbandes hinaus haben die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten auch immer wieder einzelne Themen und Ziele, deren Nennung hier allerdings zu weit gehen würde. Wichtig, so Weiher weiter, sei es, daß das Wahlvieh kein'n Scheiß mit seinem Kreuz machen solle.

MIRKO WOLFGRAMM,
Stellv. Kreisvorsitzender der Partei Die PARTEI

Bündnis Eberswalde und Barnim

Eberswalde (bbp). Das Bündnis Eberswalde tritt bei den bevorstehenden Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 nicht nur für die Stadtverordnetenversammlung, sondern unter dem Namen »Bündnis Barnim« auch für den Kreistag Barnim an. »Unsere Kandidaten stehen für eine lebendige, vielfältige und konstruktiv-kritische Bürgerdemokratie, in der die Meinungen und Anliegen verschiedenster Bevölkerungsschichten gehört und berücksichtigt werden«, erklärt Sprecher Viktor Jede. »Wir stehen für

eine transparente, bürgernahe und nachhaltige Kommunalpolitik, die sich den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen unserer Stadt und unseres Landkreises stellt und daran auch in Zukunft gemessen werden kann.

In Eberswalde steht im Wahlkreis 1 Ronny Hinkel an der Spitze der achtköpfigen Kandidatenliste, im Wahlkreis stellen sich neben Viktor Jede acht weitere Bewerber der Wahl. Jeweils acht Kandidaten hat das Bündnis für die beiden Eberswalder Wahlkreise nominiert.

Erste Ortsbeiratswahl

Clara-Zetkin-Siedlung (bbp). Nachdem die Siedlung auf Initiative der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur durch Stadtverordnetenbeschluß in den Stand eines eigenen Ortsteils erhoben wurde, findet dort nun am 9. Juni erstmals die Wahl zu einem Ortsbeirat statt.

Insgesamt liegen fünf Einzelwahlvorschläge vor, von denen zwei von einer Partei oder Wählervereinigung eingereicht wurden. Marco Seifert wurde von der AfD nominiert und Oskar Dietterle, der sich als Stadtverordneter sehr für einen eigenen Ortsteil engagiert hatte, von BVB/Freie Wähler. Marek Baade, Matthias Ludewig und Randy Neye stehen als Einzelwahlvorschläge auf dem Wahlzettel.

Weitere Kandidaten

Eberswalde (bbp). Neben den im Bundestag vertretenen Parteien stehen in Eberswalde zur Kommunalwahl weitere hier noch nicht erwähnte Wählergruppen auf dem Wahlzettel. Dazu gehören die bekannten Bürger für Eberswalde (BfE) und die Bürgerfraktion Barnim.

Auch die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler beteiligt sich an der Wahl. Im Wahlkreis 1 bewerben sich Bernd Pfeifer, Karl-Heinz Stingl und Louis Schmidt um ein Stadtverordnetenmandat. Oskar Dietterle, bereits seit 2019 Stadtverordneter, wird im Wahlkreis 2 durch Ralf Thiele unterstützt. In beiden Wahlkreisen gibt es außerdem mit Jens Fiedler und Matthias Ludewig jeweils einen Einzelwahlvorschlag.

»Kein Änderungsbedarf«

Regionalplan Uckermark-Barnim: Öffentliche Beteiligung gerät zur Farce

Der Entwurf des Integrierten Regionalplanes (IRP) Uckermark-Barnim hat in der Zeit vom 31. Juli 2023 bis zum 2. Oktober 2023 öffentlich ausgelegen, Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, der Naturschutzverbände und der Bürger konnten bis 9. Oktober 2023 abgegeben werden. Am 21. Mai 2024 soll dieser Plan in der Regionalversammlung verabschiedet werden.

In den Gremien der Regionalen Planungsgemeinschaft wurde seit Januar 2024 über die Abwägung zu diesen Stellungnahmen informiert. Hier war zu entnehmen, daß diverse Einlassungen insbesondere von Ministerien, der Biosphärenreservatsleitung Schorfheide-Chorin und den Naturschutzverbänden, aber auch der Gemeinden und der Bürger Abweichungen von den Festsetzungen im Entwurf des Regionalplanes einfordern. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft wurde dazu die Aussage getroffen, daß nach Abwägung aller Belange aus fachlicher Sicht voraussichtlich kein Änderungsbedarf mehr bestehe.

Frau Henze, Leiterin der Planungsstelle, begründet diese Aussage damit, daß jede Änderung in den Zielen und Grundsätzen bzw. in der Karte eine neue Auslegung zur Folge hätte. Diese wäre mit Sicherheit nicht mehr in diesem Jahr zu organisieren, da durch die Kommunalwahlen eine Neukonstituierung der Regionalversammlung ins Haus stünde, die nicht vor November stattfinden könne. Mit einem neuen Anlauf für einen Satzungsbeschluß wäre dann unter Berücksichtigung der Auslegungs- und Bearbeitungszeiten nicht vor Ende 2025, wahrscheinlicher im Jahr 2026 zu rechnen. (Quelle: Protokoll zur 21. Sitzung des Planungsausschusses vom 20. März 2024)

Um diesen straffen Zeitplan umsetzen zu können, wurde bereits in der Regionalversammlung vom 29.11.2023 der Teilplan »Hochwasserschutz« ausgegliedert. Genau dieser Teilplan aber hat wesentlichen Einfluß auf die Bewertung der Wechselwirkungen zu den im Entwurf des Integrierten Regionalplanes

verbliebenen Festsetzungen aller Themengebiete. Damit wurden von vornherein die Stellungnahmen insbesondere des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR), des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, aber auch der Stadt Eberswalde, der Gemeinden Marienwerder und Schorfheide u.a. von einer positiven Abwägung ausgenommen.

Stellungnahmen der Gemeinden Lunow, Breydin, Marienwerder u.a. zu Ablehnungen der Ausweisungen von Vorranggebieten für Windenergieanlagen werden vernachlässigt, um ein Flächenziel zur Ausweisung von 2,2 Prozent der Landesfläche vorweisen zu können, obwohl zunächst bis 2027 lediglich 1,8 Prozent nachgewiesen werden müssen. Die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) und dem Landesamt für Umwelt (LfU) geforderte nähere Betrachtungen zu Boden- und Moorschutz sowie weiterer naturschutzfachlicher Belange in Zusammenhang mehrerer Themengebiete des Entwurfs des IRP werden wegen der politisch geprägten Zielsetzung zur Verabschiedung des IRP übergangen.

Wenn wesentliche Stellungnahmen keine Berücksichtigung bei den Festsetzungen im Regionalplan finden, gerät die Öffentliche Beteiligung zur Farce. Gerichtliche Verfahren zu einem rechtswirksam gewordenen Integrierten Regionalplan Uckermark-Barnim würden die Folge sein. Das ist Geld, das besser für Klima-, Natur- und Artenschutz hätte eingesetzt werden können.

DAGMAR AHLHELM und Dr. HELGA PETROV

Kommunalpolitik in der Bürgerbibliothek

Die Interessengemeinschaft Seniorenarbeit Rüdnitz (ISR) hat es sich zu einer guten Wohnheit gemacht, Gäste aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen in die öffentlichen Sitzungen einzuladen (u.a. Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft).

Dazu wird ein thematischer Fragenkatalog erstellt, zu dem wir uns Antworten, Hinweise oder Lösungsvorschläge erhoffen.

Am 15. März hatten wir den Kreistagsabgeordneten Sven Weller, BVB/Freie Wähler Eberswalde, und den Sprecher des Beirates vom WAV Panke/Finow, Dr. Ronald Krüger, zu Gast. Es ging diesmal um die Themen: Entwurf des Kommunalabgabengesetzes, finanzielle Belastung; Instandsetzung K6005 (Dane-

witzer Straße) bis Kreisverkehr Rüdnitz; Abfallgebühren 2024; Maßnahme »Pakt für Pflege«, weitere Förderung vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) 2025; der Fahrradweg Albertshof-Bernau, seit vielen Jahren ein offenes Problem. Auch weitere aktuelle Informationen wurden in zwangloser Gesprächsrunde ausgetauscht.

Besonders Herr Weller half uns in seiner freundlichen und kompetenten Art, Unklarheiten oder Probleme besser einordnen zu können. Auch Hinweise zur Lösung wurden uns mit auf den Weg gegeben. Wir können wieder einmal feststellen, daß solche Veranstaltungen für alle Beteiligten nur von Vorteil

Digitale Dorfportraits

Der Regionalpark Barnimer Feldmark e. V. möchte mit einer digitalen Rundtour seine einzigartige Kulturlandschaft einem breiten Publikum zugänglich machen. Zwischen den Siedlungsachsen Berlin-Bernau und Berlin-Strausberg gelegen, bietet die Barnimer Feldmark zahlreiche bequem erreichbare Ausflugsmöglichkeiten für die Anwohner des Berliner Siedlungssterns und der Regionalparkregion, direkt vor den Toren Berlins.

Als engagierter Verein setzt sich der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. dafür ein, die uneingeschränkte und generationenübergreifende Erlebbarkeit dieses Freiraumes zu erhalten. Neben einer harmonischen Entwicklung der infrastrukturellen Voraussetzungen, wie zum Beispiel durch ansprechende Beschilderung der Rad- und Wanderwege, liegt der Fokus auf der Veröffentlichung von Ausflugs- und Routenempfehlungen für Naherholungs-suchende und Touristen.

Mit den »Digitalen Dorfportraits« entstanden etwa 20 Steckbriefe, die sich durch folgende Merkmale auszeichnen:

- Die Portraits werden crossmedial auf der Website des Regionalparkvereins, in den sozialen Medien sowie in Informationsflyern verfügbar sein.
- Die präsentierten Informationen werden in einer Sprache vermittelt, die auf die verschiedenen Zielgruppen abgestimmt ist.
- Die Portraits zeigen und unterstreichen die Vielfalt und Attraktivität der Region.
- Statements von lokalen Akteuren geben Einblicke in die Besonderheiten und Charakteristika der jeweiligen Dörfer.
- Hochwertige Fotoaufnahmen fangen die Schönheit und Einzigartigkeit der ausgewählten Orte ein.

Die Dorfportraits finden Sie im Internet unter: www.regionalpark-barnimerfeldmark.de/digitale-dorfportraits.

SABINE BÜTTNER



Gesprächsrunde des ISR in den Räumen der Rüdritzer Bürgerbibliothek.

sein können. Ein Dankeschön gilt besonders Herrn Weller, der als Ansprechpartner für uns auch weiterhin zur Verfügung steht.

BRIGITTE DAHL (Sprecherin der ISR) | 7

Ich bin nicht Jesus

*Ich bin nicht Jesus, aber seit meiner Geburt
trage ich auf der Via Dolorosa
die Schuld der Welt
auf meinem Rücken.
Ich bin nicht Jesus, aber
ich gehe mit all meinem Schmerz
und suche im Himmel
nach dem Antlitz Gottes, unseres Vaters.
Ich bin nicht Jesus, aber
ich werde hingerichtet werden,
weil ich aufrecht stehe, kämpfe und
spreche.
Ich bin nicht Jesus.
Ich bin sein Enkel.
Sie bombardieren mich in seinem Krankenhaus
in seiner Kirche und in seinem Haus.
Ich bin nicht Jesus, aber
ich versuche, meinen Feind nicht zu hassen.
Es gibt überhaupt keinen Grund,
mein Blut zu vergießen.
Ich bin nicht Jesus,
aber die Welt hat mich im Blick,
erwartet von mir, demütig zu leiden,
in aller Unschuld.
Ich kämpfe nur mit Worten.
Doch ich gebe zu,
mein Richtspruch ist wie Steinwürfe.
Deshalb kann ich nicht in
seinem Namen sprechen.
Ich bin nicht Jesus,
die Welt applaudiert den Kriegern,
nennt mich Terrorist,
weil ich meine Stimme erhebe.
Ich kämpfe nicht,
aber verliere dennoch.
Ich bin nicht Jesus,
aber dennoch teile ich sein
Schicksal.*

BASMAN ELDERAWI

(Basman Elderawi oder Basman Aldirawi, Autor aus Gaza, Absolvent der Al-Azhar Universität 2010. Er veröffentlichte viele Beiträge für »We Are Not Numbers«. Quelle: Arablit & Arablit Quarterly, 7.2.2024)

Einer Mitteilung des Kulturministeriums von Gaza ist zu entnehmen, daß in der Zeit vom 7. Oktober bis zum 7. Dezember 2023 dreizehn Schriftstellerinnen und Schriftsteller den Bombenangriffen zum Opfer fielen. Die UNO berichtet, daß bis zum 20. Januar 2024 131 Lehrkräfte durch israelische Militäraktionen getötet und mehr als 760 verletzt wurden. In den vier Monaten seit dem 7. Oktober sind 90 Journalisten und Pressefotografen durch israelisches Militär getötet worden. Auf Wikipedia werden sie namentlich aufgeführt und die Umstände ihres Todes skizziert. Die Gebäude von Schulen, Universitäten und Kulturzentren sind entweder völlig oder teilweise zerstört. Viele Professoren und Studenten wurden Opfer israelischer Militäraktionen.

HARTMUT LINDNER

Kriegsvorbereitungen

Ein »Musterkorridor« für Truppenverlegungen durch Mitteleuropa

Die BRD, die Niederlande und Polen wollen einen grenzüberschreitenden Musterkorridor für den militärischen Verkehr von Westen nach Osten einrichten. Bei diesem Projekt arbeiten NATO und EU eng zusammen.

Als sich im Januar die EU-Kriegsminister trafen, war ein ganz besonderes Symposium vorgeschaltet, das die belgische Ratspräsidentenschaft, der Europäische Rat und die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) organisiert hatten. Das Thema: Military Mobility – die Absicht, ein »Military Schengen« zu etablieren, um Truppen- und Materialtransporte schneller zu machen.

Die BRD ist dabei ein zentraler Akteur, denn ihr Kriegsminister sieht das Land als »die logistische Drehscheibe« für Marschbewegungen der NATO- und EU-Streitkräfte. Das Ziel ist der Aufbau eines europäischen Logistik-Netzwerks, um Ausrüstung, Material und Munition zu lagern und für Transporte vorzubereiten. EU-weit sollen Knotenpunkte für die militärische Logistik – sogenannte LogHubs (Logistic Hubs) bereitgestellt werden.

Die BRD beteiligt sich auch am PESCO*-Projekt »Military Mobility«. Hierbei werden europaweite Verfahren für Truppenbewegungen vereinfacht, standardisiert und beschleunigt sowie Verkehrsinfrastruktur modernisiert. Damit können verbündete Streitkräfte grenzüberschreitend Personal und Material verlegen, um zügig an Übungs- und Einsatzorte zu gelangen – insbesondere in Richtung NATO-Ostflanke. Koordiniert wird das Projekt von den Niederlanden. Auch die Nicht-EU-Staaten USA und Kanada arbeiten in dem Projekt »Military Mobility« mit.

Vertreter der BRD, Niederlande und Polen haben in Brüssel zum Thema Military Mobility eine Absichtserklärung unterzeichnet. Sie sieht vor, den ersten »Musterkorridor« für Truppenverlegungen in Europa einzurichten. Es geht dabei um die Organisation des zentra-

len militärischen Verkehrs von West nach Ost im Bündnisfall, vor allem den Transport von Truppen, Material und Nachschub von den Tiefseehäfen an der Nordsee an die besonders exponierte NATO-Ostflanke. Mit anderen Worten: Offene Vorbereitung für einen Krieg gegen Rußland.

In Rahmen dieser Vorbereitungen soll ein »gemeinsames System für einen gesicherten Informationsaustausch über die Transporte, das sogenannte Tracking« entstehen und Park- und Tankmöglichkeiten für große Truppenbewegungen geplant werden, einschließlich Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten für das Militärpersonal. So könne eine Art »Military Schengen« entstehen – analog zum Schengen-Raum, der Bürgerinnen und Bürgern in Europa das freie Reisen ohne Kontrollen ermöglicht.

Geübt werden solche Truppen- und Waffenverlegungen aktuell im Rahmen der Manöverserie »Steadfast Defender«, bei der 90.000 NATO-Soldaten vier Monate lang den Krieg an der Ostfront proben. Für den Mai sind auch für den Raum Eberswalde wieder verstärkt Militärtransporte angekündigt.

GERD MARKMANN

* Bereits seit 2017 gibt es mit PESCO (Permanent Structured Cooperation) eine neue Form der Zusammenarbeit in der EU bei Verteidigungsprojekten. Die Mitgliedstaaten schließen sich in Projekten zusammen, um ihre militärischen Fähigkeiten gemeinsam weiterzuentwickeln. Das erleichtert die Kooperation der verschiedenen Streitkräfte der Mitgliedstaaten und darüber hinaus werden Rüstungsentwicklungen und -beschaffungen »effizienter«.

Quelle: www.bmvg.de/de/aktuelles/military-mobility-musterkorridor-fuer-truppenverlegungen-5733066

Hochrüstung versus Kinderarmut

Am 26. März in der Bundespressekonferenz: Der Paritätische Gesamtverband stellt seinen Bericht zur Armutsentwicklung in der BRD vor. Der Trend zur Verarmung der unteren Einkommenschichten hält seit 2006 ungemindert an. Mehr als jedes fünfte Kind ist arm. So ging es eine halbe Stunde lang – und trotzdem war für mich damit schon das Maß voll. Denn die Hauptsorge unserer Regierungsmannschaft liegt nicht bei der Armut im eigenen Land, sondern darin, deutschen Rüstungsbetrieben Aufträge zuzuschancen, die, wie es das Beispiel Rheinmetall zeigt, Kapitalgewinne in einem seit dem zweiten Weltkrieg nicht gekannten Ausmaß einfahren – aus

Steuerkosten, versteht sich. Warum sind wir nicht bereit, die Armut hierzulande zu bekämpfen? Als reichste europäische Nation sollte das ein Klacks sein. Nein. Der Gesellschaft wurde in »unbedingter Solidarität« ein Marsch gegen Rußland durch die Hintertür verordnet, an dem auch nicht gerüttelt wird, denn er hat für die herrschende Kaste eine höhere Priorität als Kinder. Daher prognostiziere ich diesen Plan: Erst, wenn unsere Armut ukrainisches Niveau erreicht hat, kehren wir auf dem Hochrüstungskurs wieder um. Aus Geldmangel – versteht sich.

THOMAS TOBLER

(www.youtube.com/watch?v=qUwOLDJO8Y)

Rechtsmotivierte Angriffe im Barnim

Die kürzlich vom Verein Opferperspektive vorgelegte Jahresstatistik zeigt einen alarmierenden Anstieg rechter Gewalttaten in Brandenburg. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die rechtsmotivierten Angriffe um 75 Prozent und lagen bei 243 Fällen. Sprunghaft zugenommen haben vor allem Körperverletzungen sowie Bedrohungen und Nötigungen.

Im Barnim nahm die Zahl der Angriffe ebenfalls zu und lag 2023 bei 16 Fällen (2022 bei 10). Da nicht alle Angriffe gemeldet werden, liegt die Dunkelziffer vermutlich deutlich höher.

Dazu erklärt CARLA KNIESTEDT, die regional für den Barnim zuständige bündnisgrüne Landtagsabgeordnete: »Der sprunghafte Anstieg rechtsmotivierter Angriffe ist dramatisch.

Daß unbescholtene Bürgerinnen und Bürger Gefahr laufen, von Rechten angepöbelt und angegriffen zu werden, schockiert mich. Leider spielen der gezielt geschürte Haß und die damit verbundene Gewalt mittlerweile auch eine Rolle in unseren Schulen. Dort haben ebenfalls die Gewalttaten zugenommen. Das ist erschreckend. Kinder brauchen Sicherheit und eine Schule ohne Gewalt und Rassismus. Daher kämpfen wir für mehr Schulsozialarbeit und eine Stärkung der Demokratietarbeit in den Schulen. Darüber hinaus braucht es mehr Beratungs- und Hilfsangebote, sodaß alle, die Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Angriffen werden, diese gezielt melden und entsprechende Unterstützung bekommen können.«

PATRICK TELLIGMANN

Ukraine-Hilfe für US-Konzerne

Das US-Repräsentantenhaus hat im April dem lange umstrittenen Finanzhilfepaket für die Ukraine zugestimmt. Der Gesamtbetrag des Pakets beläuft sich auf stolze 61 Milliarden Dollar. Seit Februar 2022 hatte die Biden-Administration etwa 44 Milliarden Dollar für Kiew bereitgestellt.

Die kriegsaffinen Ukraineunterstützer aller Couleur jubelten. Die Mainstream-Medien berichteten artig, ließen aber eines weitgehend unerwähnt, daß von den Finanzhilfen lediglich 14 Milliarden Dollar für den direkten Kauf von Waffen für den Bedarf der ukrainischen Streitkräfte vorgesehen sind.

Der Rest wird hauptsächlich für die Wiederbeschaffung der erschöpften eigenen Vorräte, der Logistik und der militärischen Infrastruktur der US-Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent verwendet.

So sollen etwa 23 Milliarden Dollar der Auffüllung der Depots in den USA dienen. Faktisch die nachträgliche Finanzierung von bereits an die Ukraine gelieferten und dort inzwischen weitgehend verbrauchten Waffen, Ausrüstung und Munition.

Weitere elf Milliarden sollen US-amerikanische »Sicherheitsoperationen in Europa« finanzieren. Auch das wird also nicht bei den ukrainischen Fronttruppen ankommen.

Wer in der Schule noch Rechnen gelernt hat, dem dürfte aufgefallen sein, daß bis zur Gesamtsumme noch 13 Milliarden Dollar fehlen. Für die Vermutung, daß damit der Korruptionsanteil für die in der Ukraine Regierenden dargestellt wird, fehlen bislang Belege.

Natürlich fließen auch die zuerst genannten 14 Milliarden Dollar, die für Waffenkäufe zur Verfügung stehen, nicht in die Ukraine, sondern wie all die anderen Milliarden in die Taschen der US-amerikanischen Rüstungskonzerne. Insofern stellt das »Ukraine-Hilfspaket« der USA also zu allererst ein Konjunkturprogramm für die in den USA beheimatete Rüstungsindustrie dar.

Die direkte militärische Unterstützung und die sonstigen Finanzhilfen sind im übrigen als Darlehen angelegt, zementieren also die finanzielle Abhängigkeit der Ukraine vom Westen auch nach einem wie auch gearteten Ende des Krieges – sofern es die Ukraine als eigenständiges Staatsgebilde noch gibt.

Aber selbst wenn sich alle Forderungen an die Ukraine einst in Luft auflösen sollten, ist der unmittelbare Zweck der Konjunkturhilfe für die schwächelnde US-Wirtschaft zumindest für den Rüstungsbereich erfüllt.

GERD MARKMANN

An Alle, An Alle, An Alle!

*Zwingt alle Akteure dieser Erde,
Damit jetze endlich Frieden werde.
In einen Raum, an eine Tafel
Zu nutzbringendem Geschwafel.*

*Oder wollt ihr damit warten,
Bis Atomraketen starten?
Bis diese Moskau oder Schrobenhausen,
Ganz fürchterlich zerzausen.*

*Wer würde diesen Krieg gewinnen?
Wer könnte ihm dann noch entrinnen?
Wem nützt dann noch sein vieles Geld?
Wenn erst verseucht die ganze Welt.*

*Erst wenn Putin, Biden, Scholz,
Uns erklären voller Stolz:
"Wir wollen nun zusammenstehen."
Erst dann dürften sie auseinandergehen.*

RAINER KROBOTH

Kritik an Bezahlkarten

Eberswalde (b90). »Diese Bezahlkarten gehen gar nicht«, schimpft Sebastian Gellert, Sprecher des Kreisverbands Barnim von Bündnis 90/Die Grünen. Was er damit meint, wird in einer aktuellen Pressemitteilung der Barnimer Bündnisgrünen zum migrationspolitischen Kurs der rot-grün-gelben Bundesregierung erklärt: Bezahlkarten sind keine menschenwürdige Behandlung. Diese Karten stigmatisieren Menschen, sie schließen Menschen von Teilhabe aus und schieben sie noch weiter an den Rand der Gesellschaft, statt sie zu integrieren. »Der aktuelle Kurs der Bundesregierung in Sachen Flucht und Migration, auch unter Beteiligung der Grünen, entspricht nicht dem, wofür wir Grünen stehen. Hier wird auch klar gegen die Interessen des Landes und nicht zuletzt gegen Menschenrechte gehandelt«, sagt er.

»Es ist schon eigenartig, was dort beschlossen wird«, ergänzt Steffi Bernsee, Sprecherin des Kreisverbandes. »Wir stehen vor der Herausforderung des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels, tun aber gleichzeitig alles dafür, daß wir die benötigten 400.000 Zugewanderten pro Jahr nicht erreichen. Was wir brauchen, ist eine integrative Gesellschaft, die den Menschen Raum gibt, sich zu entwickeln und teilzuhaben. Damit stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen auch sicher, daß wir die benötigten Arbeitskräfte erhalten. Dieses Ziel erreicht man nicht mit Zäunen und Lagern, sondern mit echter Integration, die eine Anstrengung beider Seiten ist, sich aber auch für beide Seiten lohnt«, erklärt Steffi Bernsee.

Der Kreisverband Barnim lehnt die Reform des »Gemeinsamen Europäischen Asylsystems« (GEAS) sowie die Bezahlkarten ab und schließt sich dem offenen Brief »Humanität und Menschenrechte - Asylrecht schützen!« der grünen Basis an.

Umsiedlung der Goldreserven

Seit Anfang 2024 haben Ägypten, Südafrika, Nigeria, Ghana, Kamerun, Senegal, Algerien und Saudi-Arabien beschlossen, ihre Goldreserven aus den USA abzuziehen. Südafrika, Nigeria und Ägypten sind die größten Volkswirtschaften Afrikas, während Saudi-Arabien der wichtigste Akteur im Nahen Osten ist.

Der Abzug der Goldreserven aus den USA spiegele das tiefe Mißtrauen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung der USA wider, heißt es. Das sehe aus nach einem Niedergang des US-Imperiums. Eine Rolle spielt dabei aber möglicherweise auch ein gewisses Mißtrauen, das sich nach den Diskussionen über das Einfrieren und Enteignen beispielsweise russischer Vermögenswerte entwickelt hat. Es scheint in Mode zu kommen, sich Vermögenswerte anderer Länder anzueignen, wenn deren politische Ausrichtung den US-Herrschern nicht in den Kram paßt.

Ganzheitliche Ernährung (39)

Die Mehrheit aller zumeist krampfartigen Schmerzen des Oberbauches ist die Folge von Gallensteinleiden. Wie können Sie mit Ihrer Ernährung dagegen steuern?

Bei *Gemüse* haben Sie fast die ganze Palette zur Verfügung. Verzichten sollten Sie nur auf alle schwer verdaulichen Gemüsesorten wie Paprika, Kohl, Sauerkraut, Zwiebeln, Rettich, Wirsing und Radieschen. Auf *Nüsse* sollten Sie generell verzichten.

Auch bei *Obst* sollten Sie leicht verdauliches Obst bevorzugen, z.B. Äpfel, Himbeeren, Heidelbeeren oder auch Birnen und Erdbeeren. Sie sollten ausprobieren, ob Sie rohes Obst vertragen. Sollte dies nicht der Fall sein, dann greifen Sie zu Mus oder Kompott. Auf keinen Fall sollten Sie unreifes Obst verzehren. Auch Trockenobst, Weintrauben und Pflaumen oder auch Johannisbeeren sind für Sie absolut ungeeignet.

Bei *Butter* sollten Sie eine Menge von 15 Gramm pro Tag nicht überschreiten. Sie können zu Leinöl, Walnußöl, Weizenöl, Olivenöl und Weizenkeimöl greifen. Dagegen sollten Sie Erdnußbutter, Mayonnaise, Schmalz, Speck und Remoulade meiden.

Der *Fisch* sollte fettarm sein und schonend zubereitet werden. Auf fetten Fisch wie Aal, Ölsardinen, Makrele, Lachs und Hering sollten Sie verzichten.

Empfehlenswert sind fettarme *Fleisch- und Wurstwaren*. Auch hier sollten Sie auf eine schonende Zubereitung achten. Rindfleisch, Lammfleisch oder Hähnchen sind empfehlenswert. Meiden Sie Masthuhn, Schweinefleisch und Ente.

Kräftige *Gewürze* wie Meerrettich, Knoblauch, Zwiebeln und Essig sind nicht empfehlenswert. Verwenden Sie lieber milde Gewürze wie Petersilie, Kurkuma, Kümmel, Basilikum und Thymian.

Weich gekochte *Eier*, Rührei, Kefir, Buttermilch, Käse mit bis zu 30% Fett in der Trockenmasse, Magerquark und fettarme Milch und fettarme Milchprodukte sind empfehlenswert. Vermeiden sollten Sie Eier mit Speck, Schlagsahne und Kondensmilch.

Brote wie Knäckebrötchen, Toastbrot oder Zwieback können Sie gerne genießen. Ebenso sind Haferflocken, Nudeln, Salzkartoffeln, Pellkartoffeln und Kartoffelbrei zu empfehlen. Auf frisches Brot bzw. Brötchen sollten Sie verzichten. Auch fettiges Gebäck, Pfannkuchen, Waffeln, Pommes Frites sind nicht empfehlenswert.

Trinken sollten Sie nur Wasser ohne Kohlensäure, schwarzen und grünen Tee, Kaffee nur in Maßen.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Das Beispiel Italien: OCC mit Lizenz

Die Schuldnerberatungen in Europa (Teil 3)

In Italien herrschte lange Zeit ein sehr negatives Bild von überschuldeten Menschen, das auf die Antike (Griechenland, Rom) zurückging. Dort führten nicht bezahlte Schulden in die Sklaverei. Noch 1536 wurde im Königreich Neapel die Todesstrafe bei Konkursen ausgesprochen. Bis zum Beginn des 2. Weltkriegs galt der lateinische Spruch. »*Decoctor ergo Fraudator*« (Ein Lockvogel ist ein Betrüger). Das italienische Konkursgesetz »*Legge fallimentare*« von 1942 ist von der Auffassung geprägt, daß jemand, der finanziell scheitert, aus der Gesellschaft zu entfernen ist!

Es sollte nicht vergessen werden, daß Italien erst durch das sogenannte »*Risorgimento*« geeint wurde und als Königreich mit konstitutioneller Monarchie 1861 gegründet wurde. Vorher bestand das heutige Italien aus einer Vielzahl von Stadtrepubliken. Die Republik Venedig (800-1797) gehörte zu den fortschrittlichen Republiken und organisierte per Gesetz, daß Gläubiger und Schuldner verhandeln müssen. Um 1500 setzte sich dort der Brauch durch, bei Zahlungsunfähigkeit die auf den öffentlichen Plätzen für den Geldverkehr benutzten Bänke/Tische zu brechen. Daher stammt der Begriff Bankrott (»*banca rotta*« = zerbrochene Bank). 1779 schaffte Großherzog Leopold von der Toskana das Gefängnis für die Schuldner ab.

Heute wird Schuldnerberatung für private Haushalte in Italien entweder von Rechtsanwälten oder von Verbraucherschutzorganisationen angeboten. Schuldnerberatungsstellen wie in der BRD gibt es in Italien nicht. Das italienische Insolvenzgesetz gilt nur für Unternehmen, aber nicht für Privathaushalte.

Im Januar 2012 wurde ein Gesetz (*Legge*3) eingeführt, mit dem ein Prozeß der Schuldenerleichterung (*esdebitazione*) in Gang gesetzt werden kann. *Legge*3 wurde formuliert, um dem Verschulder die Möglichkeit zu geben, von vorne anzufangen und wieder eine aktive Ressource für das Land zu werden. Dieses Gesetz erlaubt überschuldeten Personen, mit ihren Gläubigern in einen Verhandlungsprozeß einzutreten und einen Plan zur Schuldentrückzahlung oder sogar Schuldenbefreiung zu entwickeln. Damit ist erstmals ein Weg geebnet worden, eine Überschuldung festzustellen und dann die Schulden vollständig zu löschen. (Das ist die Bedeutung von »*esdebitare*«). Umgesetzt wird das Gesetz von den OCC (*Organismi di Composizione della Crisi*). Die OCC sind private Berater, Organisationen, Firmen, müssen aber vom Gericht akkreditiert werden. Sie bestehen aus einem Sekretariat und einer Kontaktperson (der Rechtsreferent ist gegenüber dem Ministerium verantwortlich). Diese Struktur ist für die Ernennung der

Manager und andere bürokratische und administrative Aspekte zuständig. Die Manager (von mindestens zwei bis zu mehreren Hundert, je nach OCC), sind Freiberufler und diejenigen die in der Praxis die Aufgaben ausführen müssen, die das Gesetz für das OCC zugunsten von Schuldnern in Schwierigkeiten vorsieht. Sie sind diejenigen, die den notwendigen »*Plan*« erstellen, damit die Überschuldungsakte beim zuständigen Gericht eingereicht werden kann. Das Vergleichsgremium wird vom Schuldner »*einberufen*«, der beabsichtigt, mit Hilfe des Beraters, auf den er sich verlassen hat, die Situation der Überschuldung durch eine Vereinbarung mit den Gläubigern zu beheben. Zum Zeitpunkt der Antragstellung bei der Krisenbewältigungsstelle ist zwingend eine Zahlung in Höhe von 200 € zu leisten. Das Verfahren ist im Prinzip gut, hat aber die Schwäche, daß rund 60% der Anträge vom OCC abgelehnt werden. Neben diesem juristischen Weg gibt es auch außerjuristische Lösungen. Eine Entschuldungsform ist das sogenannte »*saldo e stralcio*«, bei dem 20 bis 30% der Schulden bezahlt werden und der Rest erlassen wird. Diese Lösung wird nur mit Hilfe von spezialisierten Rechtsanwaltsfirmen erreicht, die die Gläubiger davon überzeugen müssen, daß das der Maximalbetrag ist, den die Gläubiger – aufgrund der Mittellosgigkeit des Schuldners – erhalten können. Ein anderer außergerichtlicher Weg ist die Hilfe durch Beratungseinrichtungen, die die Gläubiger überzeugen müssen, daß die Schuldner ihre Schulden mit monatlichen Raten zurückzahlen wollen und können.

Gegenwärtig stehen die OCC vor der Herausforderung, wie sie die neue Konsumentenkreditrichtlinie der EU umsetzen können. Darin ist ja auch die psychosoziale Beratung von Überschuldeten vorgesehen, die die Regierung Meloni jedoch nicht für nötig hält.

Das Problem der Überschuldung und Armutsgefährdung ist in Italien noch größer als in Deutschland. 2021 wurden hier 15,8% der Haushalte als armutsgefährdet eingestuft, in Italien sind es 20,1%. Es ist ein eindeutig negatives Gefälle der Quoten von Nord nach Süd in Italien erkennbar. Die Gründe für die aktuellen Zahlungsschwierigkeiten von italienischen Haushalten sind die gleichen wie hier: zu geringes Einkommen bei gestiegenen Lebenshaltungskosten und zu hohe Wohn- bzw. Mietkosten. Die Situation in Italien ist jedoch schlimmer, wie die Zahl der Zwangsversteigerungen von Eigentumswohnungen und Häusern anzeigt. In der BRD sind 2023 rund 25.000 Objekte zwangsversteigert worden, in Italien waren es 170.000!

Dr. DIETER KORCZAK

Dritte Baumpatenschaft im Forstbotanischen Garten:

Chinesische Tempelkiefer gepflanzt

Eberswalde (bbp). Gemeinsam mit dem Leiter des Forstbotanischen Gartens, Dr. Bernhard Götz, pflanzten Sylvia Zacharias und Dr. Andreas Steiner vom Verein »Gemeinsam Lichterfelde« am 15. März eine Chinesische Tempelkiefer (*Pinus bungeana* ZUCC. ex. ENDL.). Nach einer Amerikanischen Weißeiche und einer Ungarischen Eiche ist dies die dritte Baumpatenschaft, die Dr. Steiner für den Forstbotanischen Garten in Eberswalde übernimmt.

Die Tempelkiefer hat ihr natürliches Vorkommen im chinesischen Gebirge. Dort bildet sie keine durchgehenden Bestände, vielmehr wachsen die Baumexemplare verstreut



Sylvia Zacharias, Dr. Andreas Steiner und Dr. Bernhard Götz beim Angießen der Chinesischen Tempelkiefer im Forstbotanischen Garten.

und sind nirgends häufig vorzufinden.

In China und Korea ist sie ein beliebter Zierbaum, der traditionell in Palastgärten, Tempelanlagen und an anderen spirituellen Orten angepflanzt wird.

Der Baum wächst oft mehrstämmig, hat im Alter eine sehr breite kuppelförmige bis flache Krone und erreicht eine Höhe von 20-30 m.

Typisch für die Chinesische Tempelkiefer ist ihre attraktive Borke, welche sich in unregelmäßigen dünnen Schuppen ablöst und helle Flecken freilegt. Diese verfärben sich später von gelbgrün bis purpurbraun und bilden ein buntes mehrfarbiges Muster am Stamm und auf größeren Ästen. Damit ähnelt die Borke der von Platanen. Mit dem Alter der Bäume wird sie heller und wechselt bei alten Bäumen in Kalkweiß.

Der Nadelbaum ist für das brandenburger Klima gut vorbereitet. Mit trockenen und heißen Sommern kommt er genauso zurecht wie mit kalten Wintern.

Die Chinesische Tempelkiefer ist ein Schmuckstück, gleichzeitig aber eine botanische Rarität, die nur selten gepflanzt wird.

Dr. Andreas Steiner und der Leiter des Forstbotanischen Gartens, Dr. Bernhard Götz, freuen sich, daß der Forstbotanische Garten Eberswalde mit der Chinesischen Tempelkiefer eine wertvolle außergewöhnliche Baumart erhält und somit weiter an Attraktivität gewinnt.

FOTO: GORDON KLAVIHN

Oh je, diese Eisenbahnen!

Neue offiziell anerkannte Tourismusorte in Mecklenburg-Vorpommern

Die drei neu hinzugekommenen offiziell anerkannten Tourismusorte Rövershagen, Mönchhagen und Gelbensande in Mecklenburg-Vorpommern veranlassen mich, unter Bezugnahme auf die schon anerkannten 41 Tourismusorte (UM mal ausgelassen) wieder von unseren ehemaligen Eisenbahnstrecken durchs Ländle zu erzählen.

Der mecklenburgische Wirtschafts- und Tourismusminister REINHARD MEYER hatte von diesen schönen drei Orten berichtet (MOZ, 16.4.24). Es dreht sich dabei nicht um Reisen, die mehr oder weniger mit der Bahn fahren – nein – es geht richtig um etwas. Nämlich um 1,6 Millionen Touristen und Urlauber, die übers Jahr zusätzlich dort ihre Erholungszeit verbringen.

Von Brandenburg, Uckermark-Barnim habe ich diesbezüglich des öfteren berichtet. Regionale Eisenbahnstrecken sind zwar regional eingeteilt, doch die Gleisverbindungen laufen über Barnim, Uckermark, Prignitz und Mecklenburg-Vorpommern hinaus.

Verbindlich geht es mir um die teilweise abgerissene Eisenbahntrasse Joachimsthal-Templin-Lychen-Fürstenberg/Havel über Waren/Müritz nach Rostock mit Personen- bzw. Gü-

terverkehr. Nötig auch, damit die Klimaziele erreicht werden können. Auch der Landrat der Prignitz berichtete mir von solchen Eisenbahn-Länderverbindungen und den dabei auftretenden Schwierigkeiten.

Sollte wirklich eine Biogasanlage in Haßleben (Boizenburger Land) gebaut werden, wird diese ehemalige Bahnstrecke wieder interessant. Dort braucht man mindestens 200 LKW mit Holzbrennstoff täglich. Und das produzierte Gas sollte dann auch über Güter-Kesselwagen seinen Bestimmungsort erreichen.

So könnte auch diese Eisenbahnstrecke zur Nutzung des Güterverkehrs mit einbezogen werden und viele CO₂-schädigende LKW-Fahrten auf diese Bahnstrecke verlegt werden.

HANS-JOACHIM ROWOLD,

BVB/FW BI »Mehr Eisenbahn in Brandenburg«

Klima schonen mal anders (2):

Tips von »oben«...

Fast täglich werden wir mit Tips und Vorschriften von dieser Regierung genervt. Da ist dann alles dabei: Heizung runter – Pullover an, Auto in der Garage lassen, oder noch besser gleich verkaufen und E-Auto anschaffen. Das alte Auto landet dann irgendwo in Afrika oder Nahost und stinkt dort weiter vor sich hin, während das neue E-Auto mit Rohstoffen vollgestopft ist, die teilweise Kinder im gleichen Afrika mit nackten Händen schürfen. Und natürlich Umsteigen auf ÖPNV – falls man Bus oder Bahn grad in der Nähe hat. Natürlich muß die Solaranlage aufs Dach – oder noch besser: auf fruchtbaren Ackerboden wie im Boitzenburger Land.

Zwei Bereiche, die massenhaft Energie verbrauchen und entsprechende Emissionen verursachen, bleiben bei den Energiesparparaschlägen der Obrigkeit stets unerwähnt: Die in unserem Alltag eingebetteten Digitaltechnologien und die Rüstung – besser Kriegsvorbereitung genannt. Letzteres Thema werden wir uns aufgrund der leider vielfach gegebenen Anlässe demnächst einmal vornehmen.

Streicheleinheiten fürs Display: Ja, es stimmt, sie kommen ganz unangestrengt daher, unsere heißgeliebten mobilen Endgeräte mit den kleinen Bildschirmchen, die ständig nach Streicheleinheiten durch unsere Finger gieren. Über die Hälfte der Menschheit »lebt« im Internet, dem, wenn man so will, größten Land der Erde.

ERNST WAGNER-ROTT

(aus Boitzenburger Landbote Nr. 16)

Bahn Templin-Joachimsthal:

Betrieb wieder aufnehmen

Trotz erfolgreichen Probetriebs, der einen stetigen Anstieg der Fahrgastzahlen verzeichnete, hatte die Landesregierung die Strecke der RB63 Ende 2022 eingestellt. Diese Entscheidung gefährdet nicht nur die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region, sondern stellt auch eine Hürde für die Verwirklichung einer nachhaltigen Verkehrswende dar. Wir haben daher einen konkreten Antrag im Landtag eingereicht, der die erneute Bestellung des Fahrangebots ab dem Fahrplanwechsel 2024/2025 vorsieht. Darüber hinaus fordern wir die Verlängerung der RB12 von Templin-Stadt bis Eberswalde und die Umsetzung eines Stundentakts für die RB12.

Eine Machbarkeitsstudie, beauftragt von den Landkreisen Uckermark und Barnim und den Kommunen Templin, Eberswalde, Joachimsthal, Temmen-Ringenwalde und Milmersdorf, bestätigt die wirtschaftliche und logistische Durchführbarkeit.

PÉTER VIDA | 11

Es gibt allerdings auch Märchen, die gehören nicht dazu. Sie werden erfunden von Leuten, die ganz persönliche Interessen haben. Dazu gehört etwa der eigene Name in der Zeitung als Befürworter von Maßnahmen der Regierenden. Vielleicht winkt dem Märchenfinder ja sogar ein gut bezahlter »Job« im Kreise der regierenden Märchenzähler. Da paßt er rein. Solche Leute hoffen auf gläubige Zuhörer, die ihnen helfen sollen, ihre Interessen zu verwirklichen.

Zu diesen Märchen gehört die Behauptung, daß die B167neu, genannt »Ortsumgehung« (OU), den innerörtlichen Verkehr in Eberswalde und Finowfurt entlasten wird. Diese Behauptung wird – besonders von leitenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung Eberswalde – seit einer Menschengeneration gebetsmühlenartig wiederholt. Sie ist längst widerlegt, soll aber weiter geglaubt werden. Der »Bund« will die Straße bauen. Dafür hat er sich ein Ausbaugesetz geschaffen, den Bundesverkehrswegeplan 2030. Darin steht dieser Neubau als sogenannter »vordringlicher Bedarf«, der jedoch nie nachgewiesen werden konnte. Die Straße soll ein Teil des – angeblich erforderlichen – »blauen Ringes« um Berlin sein. Die Straße soll auch für besonders schwere Belastungen ausgebaut werden. Das fordert der Bundesverteidigungsminister (heißt der noch so?). Sie soll also eine militärisch nutzbare Nachschubstraße, eine Panzerstraße werden. Das ist kein Märchen! Neuerdings wird behauptet, sie wäre wichtig als Teil einer so genannten Oder-Lausitz-Trasse.

Als Ortsumgehung von Eberswalde ist sie untauglich. Die Behauptung »vordringlicher Bedarf« mit Nutzen-Kostenverhältnis (NKV) 10 ist regelrecht gelogen. Für eine Entlastung des innerörtlichen Verkehrs ist der Bund nach eigener Aussage nicht zuständig. Finowfurt und Eberswalde sind für die geplante neue

Märchenstunde zur Straße B 167 neu

mit Johannes Madeja

Es gibt alte, schöne und neue, weniger schöne Märchen. Märchen sind seit vielen Generationen überlieferte Geschichten, manchmal schön, manchmal aber auch schrecklich. Sie sind überall auf der Welt ein Kulturgut, das es zu bewahren gilt. Damit sind Märchen »positiv besetzt«.

Straße nur Störfaktoren. Um die Entlastung ihres innerörtlichen Verkehrs müssen sich die Kommunen selber kümmern. Das alles steht in den mehrfach ausgelegten Planungsdokumenten, aber wer liest das schon? Wer kann überhaupt noch lesen? In Deutschland sollen es mehr als sechs Millionen Menschen sein, die das nicht können. Wieviel davon leben in Barnim?

Daß es im Barnim viele sind, die nicht lesen wollen und lesen können (kein Märchen!) – und Gläubige dazu – darauf setzt Herr Wissing – Pardon! Ich meine Herrn Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing, FDP, Chef des Ministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) – so viel Zeit muß sein! Der Mann sah sich gezwungen (blöder Klimawandel!) zu erklären, daß er keine neuen Straßen mehr bauen will. Auch diese Erklärung ist ein Märchen. Der Mann will weiter neue Straßen bauen, nur nennt er sie jetzt Umgehungen. Das hört sich besser an! Die Oder-Lausitz-Trasse ist eine Kette von Umgehungen. Mit neuen Straßen, egal wie sie bezeichnet werden, kann man jedoch keine Klimaziele erreichen. Das ist ein Märchen, an das nur Herr Wissing glaubt.

Die Vokabel CO₂-Einsparung ist für Herrn Wissing ein Fremdwort. Seine Parteifreunde, er hat wohl auch welche außerhalb der FDP, haben es nun erreicht, daß er kein CO₂ mehr einsparen muß. Das sollen alle anderen Ministerkolleginnen und -kollegen für ihn machen. So steht es im Gesetz. Vor allen Dingen sollen die Bürger gefälligst selbst CO₂ einspa-

ren, etwa mit Zimmertemperaturen nicht über 20 Grad Celsius. Dabei helfen die teure Wärmepumpenheizung oder die noch teurere Wärmedämmung rund ums Haus, die Herr Wissing nicht bezahlen muß. Wir sollen auch auf das eigene Auto möglichst verzichten und mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren oder mit der maroden, stets unpünktlichen Eisenbahn oder dem Schienenersatzverkehr. Für größere Einkäufe gibt es ja das Lastenfahrrad. Das kostet so viel wie ein gebrauchter Kleinwagen. Notfalls hilft uns Herr Wissing beim CO₂-sparen mit PKW-Fahrverboten. Dieses Gesetz trägt den wohlklingenden Namen »Änderung des Klimaschutzgesetzes« und es legt uns die Daumenschrauben an. Es ist kein Märchen, aber man möchte es nicht glauben. Gesunder Menschenverstand sagt dazu: das darf doch nicht wahr sein! Ob sich so ein Gesetz lange halten wird, halten kann, das weiß ich nicht. Zweifel sind sicher berechtigt. Jedenfalls gilt es bis zu den Neuwahlen zum Bundestag, aber die sind ja bald!

Die Märchen um die B167neu sollen Märchen bleiben und Märchen werden ja nur sehr selten wahr! Wir können also hoffen und wir sollten etwas tun, damit die Hoffnung nicht als Märchen endet! Das Kreuz an der richtigen Stelle auf dem Wahlzettel kann da durchaus hilfreich sein. Aber welche Stelle ist die richtige? Wer auf diese Frage antwortet, gerät in den Verdacht, ein Märchenzähler zu sein. Diesem Verdacht möchte ich mich nicht aussetzen.

Die DB hatte einige Informationen mitgebracht, die Barnimer Vertreter hatten Fragen dabei. Themen waren Brückenarbeiten, Verstärkerzüge und der Stand im Rahmen des Projektes des zweigleisigen Ausbaus der S-Bahn-Strecke.

In der städtischen Mitteilung heißt es: »Projektleiter Maik Sagert informierte, daß die Bahn sich in der Leistungsphase 2 des Projektes Gleis- ausbau befände. Ziel sei nach wie vor der 10-Minuten-Takt bei der S-Bahn. Derzeit werden verschiedene Varianten der möglichen baulichen Umsetzung geprüft und wirtschaftlich bewertet. 2026 werden dann die Länder entscheiden können, ob das Projekt realisiert werden kann.«

Bei den laufenden Brückenarbeiten informierten die Vertreter der Bahn, daß »die dritte Bernauer Brücke, die Weißenseer, erst ab Anfang 2027 erneuert werden kann. Damit verschiebt sich für Bernau auch die mögliche Ein-

Und weiter baut die Bahn

Bernau (tt). Am 9. April trafen sich Vertreter der Deutschen Bahn (DB) und des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg im Bernauer Rathaus mit kommunalen Politikern, um über die Anbindung der Kommunen an der Hauptstrecke Berlin-Eberswalde zu sprechen. Es handelte sich bereits um die dritte Gesprächsrunde dieser Art.

richtung eines Innenstadtrings zeitlich nach hinten.« Auch die Arbeiten an der Brücke über die Bucher Wiltbergstraße verzögern sich, da hier die Bautechnologie umgestellt werden müsse.

Der Wermutstropfen: Die geplante Sperrpause für September/Oktober verschiebt sich auf April/Mai 2025. Der RB24 fährt allerdings bis dahin weiterhin nach dem aktuellen Fahrplan, also bis zum Flughafen Schönefeld.

Die Fragen zu zusätzlichen Haltepunkten und den Verstärkerzügen in den Morgenstunden montags bis freitags nahmen die Vertreter der DB zur Prüfung mit, ebenso den Wunsch

der Kapazitätserhöhung der Züge im Sommer in Richtung Norden.

Bürgermeister ANDRÉ STAHL zeigte sich zufrieden mit dem Treffen: »Auch wenn die vielen zeitlichen Verzögerungen nicht zufriedenstellend sind, so ist die Bahn sehr um eine klare Kommunikation bemüht. Das ist ein großer Zugewinn und schafft mehr Vertrauen.« In gleicher Tonlage äußerte sich HOLGER LAMPE, der als Erster Beigeordneter des Landkreises Barnim, der für den Öffentlichen Personennahverkehr im Kreis zuständig ist. Er wünscht sich für die Zukunft eine Fortführung der bestehenden Zusammenarbeit.

Raumschiffe bereit zum Abheben Sprachverwirrung



FOTO: JÜRGEN GRAMZOW

Mit vollem Einsatz vollendet die 1893. Sternflotte ihr jüngstes Kampfgeschwader. Captain Kirk und Mister Spock, alias Guido Niehaus und Volker Klich, berichteten voller Stolz, daß die internationale Crew der modernsten Starships, die die Stadt je gesehen hat, fast vollständig ist.

Alle Kommandoeinheiten sind belegt, voll digitalisiert und nicht einmal eine außergalaktische Fliege kommt ohne Key in die Etageeinheiten herein. Die Raumschiffe sind für extreme Außenbedingungen entworfen: ausgelegt sind sie für Temperaturen von minus 50 bis plus 100 Grad, Celsius wohlgemerkt, und die interstellare Raumstrahlung stecken sie locker weg. Feuchtigkeit, die die Computer beeinträchtigen könnte, kommt weder herein noch heraus. Dafür sorgen die zwei- bis dreifachen Verbundfassaden, die ein berühmter Stararchitekt entworfen hat.

Das filmische Vorbild: die »Galactica«-Klasse. Sprachprobleme innerhalb der Besatzung kommen gar nicht erst auf, weil jedes Team einzeln zugewiesene Sonderaufgaben hat, wie

Bürgergeld beantragen, Kitaplatz suchen, Auto wiederfinden etc.

Die osteuropäischen Raumfahrtnationen haben einen besonderen Status in der Mannschaft. Sie waren schon einmal auf dem Mond und können dem 1893-Geschwader den Weg dorthin weisen. Desweiteren kennen sie sich mit neuester Technik aus, zum Beispiel, wenn nach dem Ukrainekrieg die übriggebliebenen Drohnen die Pizza auf den Balkon bringen. Vorsorglich wurden dafür die Balkone etwas offener gestaltet. Wenn es mal zu viele außerirdische Einflüsse gibt, verschreibt »Pille« gerne ein paar Beruhigungsmedikamente ohne Rezept, denn das tägliche Leben im Raumschiff ist anstrengend. Besucher können gerne auch den Lift nehmen und sich hochbeamnen lassen.

Beim Gang in die jeweiligen Kommandozentralen hat man einen atemberaubenden Ausblick auf die Galaxie, die immer im Umbruch ist und jeden Tag anders aussieht. Mister Spock würde sagen: FASZINIEREND!

JÜRGEN GRAMZOW

Repair Café

Der Hebewerk e.V. bietet in der Thinkfarm Eberswalde (Eisenbahnstr. 92/93) eine ehrenamtliche Möglichkeit, kaputte Haushaltsgeräte oder Werkzeuge unter Anleitung wieder in Gang zu setzen und zu reparieren. Kostenfrei gegen Spende. Wir haben schon vieles erfolgreich repariert: Mikrowellen, Bohrmaschinen, Lampen, Wasserkocher, aber auch originellere Sachen wie Dörrautomaten, Spielzeugautos und Saugroboter. Zeit: donnerstags von 16 bis 18 Uhr (außer in den Sommer- und Weihnachtsferien). Kontakt: repaircafe (at) hebewerk-eberswalde.de

CHRISTOFF GÄBLER, HEBWERK e.V.

Offene Holzwerkstatt

Hilfe zur Selbsthilfe leistet unser Holzwurm und gelernter Tischler a.D. Markus. In Eigenarbeit könnt ihr euch zu euren Projekten austauschen, Ideen & Lösungen spinnen und ins konkrete Tun kommen. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Maschinen wie Tische Sägen, Hobel und Werkzeuge sind ebenso wie handwerkliche Kompetenzen vorhanden. Die Materialien, die ihr braucht, bringt ihr mit. Alles andere ist auf Spendenbasis. Verbrauchsmaterialien wie Leim, Schleifpapier, Sägeblätter etc. dürfen trotzdem gerne mitgebracht werden.

Immer mittwochs, 13 bis 17 Uhr, beim Hebewerk e.V. in der Havellandstraße 15 in Eberswalde.

CHRISTOFF GÄBLER, HEBWERK e.V.

BVB/Freie Wähler möchten die Sprachverwirrung durch das Gendern in allen Landesbehörden und öffentlichen Einrichtungen des Landes Brandenburg beenden und haben hierzu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Das Gendern ist ein politischer Kulturkampf, der nicht mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schafft, sondern vor allem die Bevölkerung spaltet, die Sprache verkompliziert und radikalen politischen Kräften immer mehr Zulauf beschert.

Zwei Drittel der Menschen lehnen das Gendern ab. Doch die politisch-gesellschaftliche Elite scheint sich nicht für diese Mehrheit zu interessieren. Mit umständlichen Regeln, die laut deutscher Rechtschreibung nicht zulässig sind, soll die Sprache abgeändert werden. Dabei gibt es selbst unter den Gender-Befürwortern keine Einigkeit, wie richtig zu gendern wäre. Während die einen ein Binnen-I bevorzugen, empfehlen andere ein Sternchen oder das sogenannte »Gendergap«. Eine Stilblüte jagt die nächste im Dschungel der vermeintlich geschlechtergerechten Sprache und geht komplett an der Lebensrealität der Menschen vorbei.

Die Gender-Debatte ist ein gutes Beispiel, warum sich viele Bürger resigniert von der Politik abwenden. Denn während die Bevölkerung im Jahr 2024 mit Preissteigerungen und Zukunftsängsten ungeahnten Ausmaßes zu kämpfen hat, während viele Frauen bei gleicher Leistung immer noch schlechter bezahlt werden als Männer, beschäftigt sich eine kleine Elite mit abgehobenen Luxus-Themen wie dem Gendern.

Die deutsche Sprache ist an sich schon eine schwierige Sprache und selbst viele Muttersprachler haben zum Beispiel Probleme, kompliziertes Behördendeutsch zu verstehen. Für Nicht-Muttersprachler oder Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche schafft das Gendern zusätzliche Hürden und grenzt sie noch mehr aus. Viele namhafte Experten der deutschen Sprache raten auch deshalb vom Gendern ab... Die indirekte oder direkte Bevormundung beim Sprechen und Schreiben erzeugt aus den bisherigen Erfahrungen auch mehr Ablehnung und Frust als Akzeptanz und Verständnis.

Der Staat hat die Aufgabe, sich an Regeln und Gesetze zu halten. Es gibt eindeutige Regeln zur Rechtschreibung, die aus ideologischen Gründen durch das Gendern verletzt werden. Sprache ist zwar immer im Wandel, aber ein Wandel kann nicht von oben erzwungen werden, sondern entsteht durch das Anwenden im Alltag... Es ist an der Zeit, der Mehrheit der Bevölkerung im Lutherschen Wortsinne »aufs Maul zu schauen« und das Gendern in Behörden endlich zu beenden.

PÉTER VIDA | 13

BBP-Bücherkiste

In der BBP-Bücherkiste Nummer 10 konzentrieren wir uns diesmal auf betriebs- und volkswirtschaftliche Fachliteratur von BRD-Verlagen. Diese Bücher fanden sich im Nachlaß von UDO MARKMANN und werden verschickt. Für eventuelle Versandkosten bitten wir um eine Spende. Selbstverständlich nehmen wir auch darüber hinausgehende Spenden an. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen Bürgerpostausgabe.

- **Sönke Peters: Betriebswirtschaftslehre.** Eine Einführung, R. Oldenbourg Verlag, München 1991, 210 Seiten.
- **Günter Wöhe: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre.** 17. Auflage, Verlag Vahlen, München 1990, 1375 Seiten.
- **Wolfgang Korndörfer: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre.** Aufbau · Ablauf · Führung · Leitung, 9. Auflage, Gabler Verlag 1990, 419 S.
- **Autorenkollektiv: Betriebswirtschaftslehre der Unternehmung.** 12. Auflage, Verlag Europa-Lehrmittel, Haan-Gruiten 1992, 544 Seiten.
- **Baßeler/Heinrich/Koch: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft.** 5. Auflage, Wirtschaftsverlag Bachem, Köln 1989, 676 Seiten.

Trauer um meinen Freund Ein Nachruf für Lutz Landmann

So schwer dieser Tag auch war, so brachte er am Ende des Tages Hoffnung! Hoffnung ist die Triebkraft der Menschen. Ich erlaube mir, klare Worte zu sprechen, auch Namen nennen, speziell Vornamen. Sie, die Leser der BBP, sollten die Zusammenhänge erkennen und vor allem verstehen, was ich meine.

Für mich persönlich war mein Freund in vielen Dingen ein Vorbild. Eines Tages sagte er mir, in irgendeinem Zusammenhang, dabei lächelnd: »Werner – Vergangenheit kannst du nicht gestalten!« Klasse, dachte ich, plötzlich war mein Problem vergessen. Von nun an war dieser Spruch auch der meine.

Als ich bei der Trauerfeier, der Zufall wollte es, neben Daniel, Bodo, Hans und seinem Freund Bernd saß, kamen Erinnerungen der gemeinsamen Zeit mit Lutz zur Sprache und in Erinnerung. Ich spürte eine gewisse Menschlichkeit, aber auch kritische Worte der Vergangenheit, das Amt, und vieles mehr. Wieder die Antwort der Vergangenheit: Wer nichts macht, macht keine Fehler, doch wer aus Fehlern lernt, ist eigentlich das Salz in der Suppe.

Vielfach habe ich dieses Wort gehört – »eigentlich!« Das Märchen, wer rüttelt mich und schüttelt mich, auch Regen fällt hernieder, Spuren tief, gibt es immer wieder!

So der letzte Gang auf dem Eberswalder Friedhof.

Jetzt kommt für mich die positive Seite an diesem Tag, trotz der Trauer beim Abschiednehmen vom Freund. Es war für mich der größte Trost, was von den Angehörigen durchweg positiv beschrieben wurde – die Palliativmedizin in Form einer Station im WERNER FORSSMANN KRANKENHAUS.

Großen Dank an alle Beteiligten dieser gelungenen und würdigen Begleitung, vor allem die wirkliche Würde des Menschen. Als ich mit meinem Freund – damals – über dieses Thema sprach, bestärkte er mich, das Thema im Aufsichtsrat der GLG anzusprechen. Daß er es erfahren durfte, macht mich trotz der Trauer zufrieden und glücklich. Danke der GLG-Geschäftsleitung als auch den Ärzten Dr. Ralph Schrader und Dr. Heidepriem.

WERNER VOIGT

^ n z e i g e

Arbeitsplätze sichern – Energiepreise senken – Tarifbindung stärken!

Vernunft statt Ideologie! Die Bundesregierung schadet mit ihrer ideologiegetriebenen Politik dem Wirtschaftsstandort Deutschland und gefährdet so die Arbeitsplätze vieler Zehntausend Menschen sowie die Existenzgrundlage ihrer Familien. Statt eines sinnigen CO₂-Preises, der das Klima nicht schützt, aber Arbeitsplätze, Wohlstand und Mobilität vieler Menschen gefährdet, **fordert das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit eine aktive Wirtschaftspolitik für Deutschland, die Arbeitsplätze und Standorte sichert.**

Energiepreise senken, Wirtschaftskrieg beenden. Über zwei Jahre nach der Eskalation des Kriegs in der Ukraine wird immer deutlicher, daß die Strategie der Bundesregierung, Rußland mit Wirtschaftssanktionen zum Einlenken zu bewegen und international zu isolieren, krachend gescheitert ist. Während die russische Wirtschaft wächst, schrumpft die deutsche Wirtschaft. Nach einer neuen Wachstumsprognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) bleibt Deutschland das Schlußlicht der G7-Staaten. Mit dramatischen Folgen für den Lebensstandard, den Wohlstand und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. **Deshalb fordert das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit ein Ende der selbstmörderischen Sanktionen sowie Steuersenkungen auf Energie, um die Preise in Deutschland für Verbraucher und Industrie zu senken.**

Gute Löhne, faire Renten! Armut trotz Arbeit und insbesondere Altersarmut sind in Deutschland weitverbreitet. Nullrunden bei Löhnen und Renten sind für viele Menschen zur Normalität geworden. Die Schlangen vor den Tafeln werden immer länger. Das ist die Folge von politischem Versagen von oben! **Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit fordert deshalb eine Stärkung der Tarifbindung, die Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro und einen Umbau des Rentensystems nach österreichischem Vorbild. Dort bekommen Rentnerinnen und Rentner im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat. Das ist auch in Deutschland möglich!**

Dafür treten wir als neu gegründete Partei am 9. Juni zur Europawahl an.



Jetzt das Bündnis Sahra Wagenknecht unterstützen!



Theater bei Guten-Morgen-Eberswalde

Wir haben vor einigen Monaten damit begonnen, für Guten-Morgen-Eberswalde den einen oder anderen »Themenflyer« unter die Leute zu bringen, vor allem, um auf ein paar Verbindungslinien im vielfältigen Veranstaltungsprogramm unserer Reihe aufmerksam zu machen. So sind die Flyer TEXTE, FOLK, JAZZ und THEATER erschienen und werden gut nachgefragt. Um die Theaterrückmeldungen gesondert vorzustellen, legen wir nun einen weiteren Theaterflyer für Mai bis Juli auf, der auf vier Aufführungen im Zeitraum hinweist.

Wir freuen uns auf die Gastspiele der FLUNKERPRODUKTIONEN mit »Die Spielhölle« (4. Mai), des THEATERS SCHREIBER & POST mit »Die Hase und der Igel« (18. Mai) und auf das THEATER

KRANEWIT und »Rapunzel« (15. Juni) – alle im Innenhof des Paul-Wunderlich-Hauses – sowie auf die »Wolfsjagd« des AKTIONSTHEATERS KAMADUKA aus der Serie der »Märchen aus dem Eberswald« (20. Juli), zu dem in den Forstbotanischen Garten eingeladen wird.

Das Stück der Flunkerproduktionen feiert in Eberswalde Premiere und die »Märchen aus dem Eberswald«, die in fünf Episoden 2020 und 2021 nur im Livestream zu erleben waren, sind erstmals mit Publikum im richtigen Eberswald zu erleben.

UDO MUSZYNSKI (www.mescal.de)

Jazz in E. No. 29 – Ein Festival aktueller Musik
8. bis 11. Mai · Kulturhaus Rofinpark Eberswalde

Ein Akt der Verzweiflung

Die Absicht des bundesdeutschen Politikbetriebs, einen »Veteranentag« am 15. Juni jeden Jahres zu installieren, kann man wohl nur als Ausdruck der puren Hoffnungslosigkeit betrachten, jemals so eine »schneidige Truppe« wie die einstige Wehrmacht zu bekommen. Man kennt gut die Erzählungen unserer deutsch-deutschen Brüder, wenn sie davon sprachen, wie West- und Süddeutschland vor der NVA regelrecht gezittert hat, vor den Russen ganz zu schweigen...

Vom neuen German Veterans Day sollen die Kameraden der NVA natürlich ausgeschlossen werden. Geschenk! Das ist eben »Deutsche Einheit« wie sie lebt und lebt. Dar-

auf können wir getrost verzichten. Das Ziel, die Gesellschaft damit weiter zu militarisieren, werden die Politiker damit genauso verfehlen wie eine Erhöhung der Anzahl der Rekruten. Welcher junge deutsche Mann, der noch bei Sinnen ist, möchte gerne gegen die Russen kämpfen? Die Russen sind genauso unsere Brüder wie es die Franzosen sind. Und man stelle sich das vor: Landrat und Bürgermeister stehen stramm vor fett und träge gewordenen Ex-Soldaten, denen die Uniform genauso steht wie der Turm von Pisa. Eine Lachnummer wird das ... guter Stoff für die Satire. Immerhin.

JÜRGEN GRAMZOW

Bernd-Glier-Ausstellung

Der in Panketal lebende Bernd Glier (Jahrgang 1955) wird in der Galerie des Panketaler Rathauses mit ausgewählten Zeichnungen und Druckgrafiken vorgestellt. Die Vernissage zur Ausstellung mit Giers in schwarz-weiß gehaltenen Kunstwerken findet am 14. Mai, 17 Uhr, statt und wird musikalisch begleitet von der Pianistin Christina Hanke-Bleidorn. Freier Eintritt zu den Rathausöffnungszeiten.

THORSTEN WIRTH

Verbrannte Dichter

Der Autor Jürgen Serke ist im Alter von 85 Jahren verstorben. Er widmete sich vor allem verfolgten Autorinnen und Autoren in der Geschichte Deutschlands. Durch seine Sammlung konnte das Zentrum für verfolgte Künste die Ausstellung »Verbrannte Dichter« erstellen. Zum 90. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933 ist eine Neuausgabe von Jürgen Serkes Werk »Die verbrannten Dichter« erschienen.

KARL DIETZ

Wandertips

von BERND MÜLLER

Der Schatz am Kloster Chorin

Sonntag, 5. Mai, ca. 8 km, teilweise Kopfsteinpflaster, festes Schuhwerk.

Die Wanderung startet am Parkplatz des Klosters Chorin in Richtung Sandkrug, wo wir kurz vor dem Ort in einen Waldweg einbiegen. Unser erstes Ziel ist der *Knaak*, ein Berg mit einer Schutzhütte, die zum Naturlehrpfad »Weinbergsweg« gehört. Danach wandern wir bis zu den *Scamoni-Eichen*. Leider sind die Original-Eichen längst gefallen, doch stehen dort auch jetzt einige starke Exemplare. Nach kurzer Rast wandern wir weiter in Richtung »Pfeils Garten«, eine mit einer Mauer umgebene Anzuchtfläche für Forstpflanzen aus dem 19. Jahrhundert (1861/62). Durch ein herrliches Gelände im Wald mit vielen Sümpfen wandern wir weiter bis zum *Denglerweg* und zum *Amtssee* am Kloster Chorin und zum historischen *Friedhof*. Dort wurden viele berühmte Forstleute beigesetzt. Über den *Kleinen Forstlehrpfad* erreichen wir den Ausgangspunkt unserer Wanderung.

Treff: 11 Uhr am Parkplatz Kloster Chorin Bitte Parkkarte nicht vergessen, evtl. kostenpflichtig.

Vogelstimmenwanderung

Sonnabend, 11. Mai, mit Martin Müller und Manuela Grundmann

Ornithologe Martin Müller ist als ehemaliger Mitarbeiter des Landesumweltamtes an der Oder voll in seinem Element. Er zählt und kartiert seit vielen Jahren die Vogelwelt im Oderbruch und ist hier der Experte schlechthin. Gemeinsam mit Manuela Grundmann bringt er von der Europabrücke Bienenwerder aus den Teilnehmern die Vogelwelt nahe. Es folgt ein Spaziergang durch die Oderwiesen.

Treff: 7 Uhr, Europabrücke Neurüdnitz-Siekierki, Bienenwerder, 16259 Oderau

Pontische Hänge und Theodor Fontane

Sonntag, 26. Mai, Botanische Wanderung

Henning Höhne nimmt uns mit auf eine spannende Reise durch die Zeit, ausgehend von der im Oderbruch weithin sichtbaren *Kirche von Neutornow*. Hier befindet sich auch das Grab von Louis Henri Fontane, dem Vater von Theodor Fontane. Nach einer kleinen Führung über den Friedhof geht es auf die *Gabower Hangkante*, den *pontischen Hängen* mit ihrer so vielseitigen Natur. Henning Höhne ist als Sachverständiger bekannt und wird zu vielen Pflanzen berichten können.

Treff: 13:30 Uhr Dorfkirche Neutornow, Neutornow 28, 16259 Bad Freienwalde.

Uns erreichte die traurige Nachricht, daß unser einstiger Mitstreiter

Wilhelm Lange

9. Mai 1933 – 15. April 2024

verstorben ist. Viele Jahre lang begleitete er den Weg der »Barnimer Bürgerpost« als fleißiger und stets zuverlässiger Zusteller für unsere Abonnenten im Bereich der Altstadt zwischen den Brunnenbergen und der Eisenbahnstraße.

Solange es seine Kräfte erlaubten, engagierte er sich in vielfältiger Weise gesellschaftlich und verlor nie den Glauben an eine bessere Welt für alle Menschen. Wir werden unseren Freund nicht vergessen.

SVEN WELLER,

Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Anmeldung unter 03344/3002881, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Anzeige

Vernunft und Gerechtigkeit sind gut. Wir wollen mehr!

Ein gläsernes Rathaus statt Bürokratenfilz!
 Alle Macht den Ortsbeiräten! Die Clara-Zetkin-Siedlung ist ein Anfang.
 Wohnen ist Menschenrecht, Profitmacherei nicht!
 Wir wollen eine Stadt mit Luft zum Atmen und ohne künstlich erzeugtes Verkehrschaos.
 Wir brauchen vernünftige Radwege und Obusse, die nicht im Stau stecken bleiben.
 Wir wollen selbstbewußte und aktive Bürgerinnen und Bürger, die die Kommunalpolitik in die eigene Hand nehmen und das öffentliche Leben in unserer Stadt bestimmen.
 Stellvertreterpolitik ist von gestern.

Die PARTEI
Alternative
Liste Eberswalde

Wählen gehen
~~☒~~ ~~☒~~ ~~☒~~
Liste 10

Bürgerinitiative
Radwege in
Eberswalde

www.alternative-eberswalde.de
 radwege.alternative-eberswalde.de
 die-partei-bbg.de

Unsere Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

Wahlkreis 1 (Eberswalde östl. der Bahn):
 Mirko Wolfgramm (Die PARTEI)
 Silke Markmann (ALE)
 Werner Voigt (ALE)
 Dr. Ulrich Pofahl (BI Radwege)

Wahlkreis 2 (Eberswalde/Finow westl. der Bahn):
 Peggy Siegemund (Die PARTEI)
 Thomas Gädicke (ALE)
 Gerd Markmann (ALE)
 Udo Wolfgramm (Die PARTEI)

Offene Bühne im Joachimsthaler Heidekrug

Am 4. Mai bietet der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 zum zweiten Mal eine Bühne für Singer-Songwriter und Bands aller Stilrichtungen, von Rock über Liedermacher bis hin zu traditionell. Laut Jens-Tilo Weise, Vorstand des Vereins, »ein generationsübergreifendes Programm von jungen und nicht-mehr-ganzso-jungen Musikern«.

Mit dabei u.a. LINA, Musikschule Fröhlich, Die Seelenschwestern, Ina Minks, Ronny Guittar Duo, Jeremy Fitzkee, Hannah & Tom, The Ortam und Crossroads. Beginn ist 19 Uhr und der Eintritt ist frei.

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstraße 1
 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Nein zum Krieg!

Anzeige

LWU Lebensmittel-, Wasser- und Umwelthygiene GmbH Eberswalde

Wir suchen zur sofortigen Einstellung Laboranten (m/w/d).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
redaktion: Gerd Markmann
druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 22. April 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29. Mai 2024.